MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916

1910

171 (14.4.1910) Abendblattt

urn:nbn:de:bsz:mh40-141158

General-Anzeiger

Abonnement: 70 Pfennig monatlich. Bringerlohn 50 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postaufschlag M. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nummer 5 Pfg.

Inserate: Die Colonel-Zeile . . . 25 Pfg. Auswärtige Inserate . . 30 „ Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung. Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag) Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluß der Inseraten-Annahme für das Mittagsblatt Morgens ½9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern: Direktion u. Buchhaltung 1449, Druckerei-Bureau (Annahme v. Druckarbeiten 341, Redaktion . . . . . 377, Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218

Nr. 171. Donnerstag, 14. April 1910. (Abendblatt.)

Herr von Bethmann-Hollweg am Scheidewege.

Solange das Abgeordnetenhaus über die Wahlrechtsvorlage beriet, hat Herr von Bethmann-Hollweg als Preußischer Ministerpräsident über die Stellungnahme der Regierung zu der von der Kommission der Vorlage gegebenen Fassung nur zwei Erklärungen abgegeben, von denen die erste einen völlig neutralen Charakter trug, während die zweite die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung andeutete, allerdings auch noch immer die Möglichkeit einer Ablehnung offen ließ. Am Freitag, bei der Besprechung der Vorlage im Herrenhause, dürfte der Ministerpräsident sich veranlaßt sehen, zu dem Votum der Mehrheit des Abgeordnetenhauses bestimmt Stellung zu nehmen.

Wird diese Stellung eine zustimmende oder ablehnende sein? Qui mange du Pape, en meurt. Wer sich mit dem Zentrum zu Tische setzt, kommt schwer von der Umarmung dieses liebenswürdigen Tischgenossen los. Das haben die Konservativen erfahren, von denen Mancher bei der Wahlreform sicherlich lieber mit den Mittelparteien zusammengegangen wäre, als mit dem Zentrum. Aber der neue Bundesgenosse wachte eifersüchtig darüber, daß der konservative Partner ihm die Treue nicht brach.

Wird auch Herr von Bethmann-Hollweg der klerikalen Verstrickung erliegen? Für das Zentrum steht viel auf dem Spiele, denn wenn die Wahlvorlage in der von ihm beliebten Form Gesetz wird, so wird die Zentrumspartei offenkundig in Preußen die Stellung einnehmen, die es im Reiche lange Jahre, nur unterbrochen durch die kurze Spanne vom Winter 1907 bis zum Frühjahr 1909 innegehabt hat: daß kein Gesetz zur Verabschiedung gelangt, dem nicht das Zentrum seinen Stempel aufgedrückt hat. Man kann sich daher darauf verlassen, daß die Zentrumspartei alle ihr zur Verfügung stehenden Einflüsse — und deren Zahl ist groß — aufgewandt hat, um die Regierung in dieser Frage gefügig zu machen. Und das eine ist ja jedenfalls sicher: mit dem Zentrum läßt sich bequemer regieren, als ohne oder gegen diese Partei. Auch wird es nicht an einflußreichen Männern — auch außerhalb der Zentrumspartei — gefehlt haben, die der Regierung die Ueberzeugung beizubringen suchten, daß, wenn erst das Gesetz verabschiedet sein würde, die Beschwichtigung der Erregung sicher wäre. Lehne hingegen die Regierung die Fassung der Abgeordnetenhausmehrheit ab und komme nicht zustande, so werde der Lärm von neuem losgehen und die Regierung erscheine in der traurigen Rolle des Besiegten.

Nun, selbst wenn dem so wäre, so möge Herr v. Bethmann-Hollweg an das schöne Wort denken: „Victrix causa diis placuit, sed victa Catoni.“ Es sind vielleicht nicht die schlechtesten Männer im Vaterlande, die eine solche „Niederlage“ der Regierung ihr höher anrechnen würden, als die Unterwerfung unter den Willen des Zentrums. Tatsächlich wäre in diesem Falle auch gar nicht die Regierung besiegt, sondern die Abgeordnetenhausmehrheit, in erster Reihe das Zentrum. Auch würde das Bürgertum viel weniger verstimmt sein, wenn nichts zustande kommt, als wenn der Wille der Abgeordnetenhausmehrheit Gesetz wird. Es ist deshalb ein Irrtum, anzunehmen, daß nach der Votierung eines solchen Gesetzes Ruhe eintreten würde und es wäre ein Beweis des staatsmännischen Weitblicks des Reichskanzlers, wenn er sich diesen Irrtum nicht suggerieren ließe.

Noch sind drei Möglichkeiten vorhanden. Die günstigste wäre, wenn das Herrenhaus sich liberaler erwiese als die Zweite Kammer und unter Verständigung mit der Regierung dem Gesetze eine Fassung gäbe, in der es alsdann von einer konservativ-liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhause angenommen werden würde. Unser Optimismus geht nicht so weit, an die Erfüllung dieser Möglichkeit zu glauben. Die zweite Möglichkeit ist, daß Herr von Bethmann am Freitag erklärt, sich dem Willen des Abgeordnetenhauses zu beugen. Dann dürfte das Herrenhaus kaum wesentliche Aenderungen vornehmen und dann dürfte das Gesetz bald zur Verabschiedung gelangen. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir die Verwirklichung dieser Möglichkeit auf das Lebhafteste bedauern würden. Die dritte Möglichkeit ist, daß Herr v. Bethmann-Hollweg am Freitag der Fassung des Abgeordnetenhauses ein rundes Nein entgegensetzt und daß dann am Widerstande des Herrenhauses oder des Abgeordnetenhauses oder beider Faktoren gegen den Willen der Regierung die Vorlage scheitert, also gar nichts zustande kommt. Kann die erste Möglichkeit sich nicht erfüllen — und wie gesagt, glauben wir selbst kaum daran —, wäre nicht die Verwirklichung dieser dritten Möglichkeit noch die erwünschteste Lösung?

Die Reichsversicherungsordnung.

Von Herrn Regierungsrat Holzwart-Mannheim.

(Auszug aus dem am Freitag, 8. April, im Volkswirtschaftlichen Abend in Mannheim gehaltenen Vortrag.),

I.

Vom Inkrafttreten der Arbeiterversicherungsgesetze bis Ende 1909 haben weit über 60 Millionen Personen über 8 Milliarden Mark an Entschädigungen erhalten, und zwar sind verausgabt auf dem Gebiete der

Krankenversicherung	rund	3626 Millionen
Unfallversicherung	„	1814 Millionen
Invalidenversicherung	„	2654 Millionen
zusammen		8094 Millionen

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 1909 sind im ganzen 729 Millionen Mark, also täglich etwa 2 Millionen, für diese Zwecke verwendet worden.

Aus diesen Zahlen ist zu erkennen, welch' gewaltige sozialpolitische Bedeutung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung beizumessen ist. Der neue überarbeitete dem Reichstag am 14. März 1910 vorgelegte Entwurf der Reichsversicherungsordnung bildet nunmehr einen vorläufigen Abschluß der seit vielen Jahren schwebenden Erörterungen über die Zusammenlegung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung und der zu ihrer Ausführung geschaffenen Körperschaften.

Von einer eigentlichen Verschmelzung der Versicherungszweige über Kranken-, Unfall-, Invaliden- und die jetzt neu hinzutretende Hinterbliebenen-Versicherung hat man abgesehen, da einer solchen Zusammenlegung außerordentliche Schwierigkeiten entgegenstehen, die zum großen Teile im inneren Wesen der einzelnen Versicherungszweige, besonders in der ganz verschiedenartigen Natur ihrer Risiken begründet sind, und bei den Versicherungsträgern selbst wenig oder gar keine Neigung zu einer derartigen Verschmelzung besteht.

Man hat sich also darauf beschränkt, neben einer Weiterentwickelung — Ausdehnung des Kreises der versicherten Personen, Begründung einer Witwen- und Waisenversorgung — durch Aenderungen in der Organisation der beteiligten Behörden und der Vorschriften über das Verfahren auf eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Instanzenzüge, auf die Möglichkeit einer Einheitlichkeit in der Rechtsprechung und im Zusammenhang hiermit auf die dringend erwünschte Entlastung des Reichsversicherungsamts hinzuwirken.

Der Entwurf mit seinen 1754 Paragraphen zerlegt den ganzen einheitlich kodifizierten Stoff über das öffentliche Recht der Arbeiterversicherung in 6 Bücher.

Nicht aufgenommen in die Reichsversicherungsordnung ist die Versicherung der Privatbeamten, welche einer besonderen wohl noch im Laufe dieses Jahres zu erwartenden Gesetzesvorlage vorbehalten bleibt.

I. Buch-Behörden-Organismus

Als Träger der drei Zweige der Versicherung sollen die Krankenkassen, die Berufsgenossenschaften und die Landesversicherungsanstalten, letztere unter Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf die neu einzurichtende Hinterbliebenenversicherung, fortbestehen.

Durch den Aufbau eines neuen selbständigen und nur für die Arbeiterversicherung bestimmten Behördenorganismus aus drei Instanzen: Versicherungsämter, Oberversicherungsämter, Landesversicherungsämter bezw. Reichsversicherungsamt, soll an Stelle der zahlreichen bisher damit befaßten Behörden ein einheitlicher Instanzenzug für Aufsichts-, Verwaltungs- und Entschädigungsfeststellungs-Angelegenheiten und Streitigkeiten geschaffen, und dadurch die seitherige, für alle Beteiligten höchst nachteilige Zersplitterung, Unübersichtlichkeit und Lückenhaftigkeit der Zuständigkeit beseitigt werden, was sehr zu begrüßen ist.

Statt der Verschmelzung der selbständig bleibenden Versicherungszweige muß also eine gegenseitige Annäherung durch die Schaffung eines ihnen allen gemeinsamen Bindegliedes in der unteren örtlichen Instanz versucht werden.

Diese örtliche Stelle — Versicherungsamt — wird für die Krankenversicherung die Aufsichtsinstanz, für die Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung den gemeinsamen Unterbau abzugeben haben.

Versicherungsämter sollen in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde — bei uns in Baden Amtsbezirk — errichtet werden, und die Aufgaben einer unteren Beschluß-, Spruch- und Aufsichtsbehörde erfüllen.

Die oberste Verwaltungsbehörde gliedert die Versicherungs-Aemter, welche die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde haben, an staatliche oder gemeindliche Behörden an.

Sie kann sie auch als selbstständige Behörden errichten. Die Angliederung ist also die Regel, wohl mit Rücksicht auf die Kostenersparnis. Nicht neue Behörden sollen vorwiegend

Feuilleton.

Die Kometennacht.

Von Wilhelm Bölsche.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

Wie man sich das nun im einzelnen ausmalen mag: jedenfalls gibt diese Kette offensichtlicher elektromagnetischer Zusammenhänge zwischen Sonne und Erde und ihre Wirkung bei uns einen vagen Anhalt, was auch ein Kometenschweif als irgendwie elektrisch tätiger „Scheinwerfer“ bei uns erzeugen könnte.

Nehmen wir an, auch er enthält elektrisch erregte Teilchen, so wäre es immerhin denkbar, daß auch sie bei ihrer Mischung mit unserer Erdatmosphäre, wenn denn sonst bei ihrer Winzigkeit absolut nichts, so doch einen gewissen „elektromagnetischen Sturm“ erregten, also unsere Magnetnadeln ausschlagen ließen, unseren elektrischen Betrieb momentan durch unkontrollierbare Erdströme störten und (als sinnfälligsten Effekt) vielleicht bis in unsere dichtesten Kulturbreiten hinein brillante bunte Nordlichter aufflammen ließen.

Wenn ein besonders großer Sonnenfleck das kann, indem er uns vielleicht über zwanzig Millionen Meilen fort einen besonders langen elektromagnetisch geladenen, aber sonst für uns ganz unsichtbaren Koronasstreifen zuschickt, bei dessen Berührung hier unten alles dieser Kraft speziell Untertane zittert, wie toll verkehrt klingelt und endlich den Himmel mit zuckenden magnetischen Strahlen rötet: warum soll das nicht der Komet auch vielleicht vollbringen? Vielleicht! Bewiesen ist es natürlich nicht.

Möglich ist ja, daß solcher Komet in seiner Sonnennähe wie eine Art Konzentrierer und Kondensator der ausfließenden Sonnenkraft selber wirkt. Nach Arrhenius würde er massenhaft in nächster Sonnennähe elektrisch geladenen Koronasstaub der Sonne direkt an sich ziehen und nachher im Strahlungsdruck konzentriert wieder auspulvern gegen die Planeten hin: hier wirkte er also tatsächlich wie eine Art Scheinwerfer für Sonnenenergie.

Es ist auch bereits behauptet worden, daß die Kometenschweife sich stärker entwickelten in Jahren der Sonnenflecken-Maxima, sei es, daß die dann ohnehin stärker ausströmende elektrische Wirkung sie bloß auf stärkere Strecken hin zum elektrischen Leuchten brächte und so den Schweif größer erscheinen ließe.

Ein Grund aber, sich diese problematische elektromagnetische Wirkung abnorm groß vorzustellen, liegt jedenfalls wieder nicht in dem ganzen Sachverhalt.

Wenn es im höchsten Grade wahrscheinlich, ja so gut wie gewiß ist, daß wir früher schon so und so oft durch Kometenschweife hindurchgegangen sind (jeder Komet, der für uns vor der Sonne herging und einen langen Schweif hatte, kommt ja historisch dafür in Betracht), so haben wir damals eben überhaupt nie etwas gemerkt (es sei denn Nordlichter, wie man früher aber nirgendwo einzuregistrieren wußte und deshalb durchweg überhaupt nicht registrierte), einfach, weil unsere Technik noch nicht mit elektromagnetischen Feinapparaten arbeitete. Wie jung diese Arbeit ist, lehrt klärlich wohl die kleine Reminiszenz, daß bei der vorigen Wiederkehr des Halleyschen Kometen, 1835, eben zwei Jahren verflossen waren, seit zum erstenmal und zunächst rein als Privatexperiment zwei Göttinger Gelehrte, Gauß und Weber zwischen der Sternwarte und dem physikalischen Kabinett ihres Göttingen eine elektrische Telegraphenverbindung primitivsten Stils hergestellt hatten.

Wichtig ist aber auf jeden Fall, daß auf diese Symptome, und seien sie noch so geringfügig, geachtet werde. Nicht als Angstobjekt, sondern als willkommenes kosmisches Experiment sollen wir diese Kometennacht verstehen und werten.

Von der schönen Treptower Volkssternwarte, die gewiß zu den edelsten Errungenschaften kulturell ersprießlicher Wissenschaft gehört, die wir in den 76 Jahren seit dem letzten Halley-Termin gewonnen haben, wird dabei besonders aufgefordert, es möchten doch in der Nacht vom 18. zum 19. Mai und tunlichst schon etwas vorher auf der Erde alle Versuche mit den Apparaten der elektrischen Wellentelegraphie unterbleiben, damit sich eventuelle elektrische Wirkungen des Kometen als solche von den fein gestimmten Empfangsapparaten ablesen ließen.

Und so gibt es noch mehrere andere Punkte, auf die auch gerade von dort her besonders aufmerksam gemacht worden ist, als auf Dinge, die sorgsam zu beachten wären.

Ob eine abnorme Aufhellung des Himmels einträte.

Ob sich besondere bunte Dämmerungserscheinungen hinterher geltend machten, die auf das Eindringen allerfeinsten Staubteilchen in unsere oberen Luftschichten deuten könnten.

Ob Aenderungen an dem sogenannten Zodiakallicht, einem für gewöhnlich schon recht rätselhaften Lichtkegel, der sich gelegentlich am Abend- oder Morgenhimmel zeigt, merkbar würden.

Ob „leuchtende Nachtwolken“, d. h. ungewöhnlich silberglänzendes Cirrusgewölk, das in außerordentlichen Höhen schwebt und mit dem es auch irgend eine ganz aparte Bewandtnis zu haben scheint, sich gerade jetzt wieder sehen ließen.

Bei fast allen diesen Dingen kann auch jeder Laie registrieren helfen.

Auch wenn es nicht wahrscheinlich ist, daß der Kometenschweif selber diesmal vermehrtes Sternschnuppenmaterial liefert, so sollten doch auch Sternschnuppen und größere meteorische Feuerkugeln mit größerer Sorgfalt nach Zeit und Ort aufgezeichnet werden, und es sollte das Material, auch wenn es wirklich noch so geringfügig erscheint, einer Sternwarte zugesandt werden.

MARCHIVUM

geschaffen, sondern die jetzt an vielen Stellen zersplitterten Geschäfte in einer Hand vereinigt werden.

An ihrer Spitze steht als Vorsitzender bezw. ständiger Stellvertreter der Versicherungsamtmann, der in der Regel die Fähigkeit zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt haben soll. Auch andere in Versicherungs-Angelegenheiten erfahrene und geeignete Persönlichkeiten können mit Zustimmung des Oberversicherungsamts eventuell Bestätigung der Regierung hierzu bestellt werden. Dem Versicherungsamtsmann zur Seite stehen als Beisitzer mindestens 12 Versicherungsvertreter, die zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten entnommen, und von den beteiligten Krankenkassen gewählt werden.

Das Versicherungsamt wirkt grundsätzlich als kollegiale Behörde unter Mitwirkung der Versicherungsvertreter. Für diese kollegiale Tätigkeit werden Ausschüsse gebildet:

Beschlußausschuß und Spruchausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, für die dem Beschluß- bezw. Spruchverfahren überwiesenen Angelegenheiten.

Die Ausgaben für den Versicherungsamtmann soll der Bundesstaat bezw. der Kommunalverband endgiltig tragen, welcher denselben bestellt hat, die übrigen Kosten werden von den Versicherungsträgern erstattet. Gegen die Versicherungsämter haben insbesondere die Berufsgenossenschaften Stellung genommen, da die 1000 Versicherungsämter mit einem durchschnittlichen jährlichen Kostenaufwand von je 20 000 Mark eine Mehrausgabe von vielen Millionen Mark verursachten, und einen bedeutenden Eingriff in das Selbstverwaltungsgebiet der Berufsgenossenschaften sowie eine Bureaukratisierung des Arbeiterversicherungsrechts bedeuteten.

Durch diese Dezentralisation des Rentenfestsetzungsrechts gehe die Einheitlichkeit der Rentengewährung verloren, und bestehe die Gefahr, daß die Finanzen der Versicherungsträger angesichts der Freigebigkeit der Versicherungsämter bedroht würden.

Nun sind aber die obengenannten Zahlen über die Mehrbelastung ganz willkürliche und unzutreffende. Der Jahresaufwand für die 1000 Versicherungsämter ist in einer besonderen Anlage zum Entwurf auf 6¾ Millionen Mark berechnet, und stellt nicht eine Mehrbelastung dar, sondern nur eine Zusammenfassung der an verschiedenen Stellen jetzt bereits erwachsenden Kosten.

In Abweichung vom ersten hat der zweite Entwurf die Rentenfestsetzung jetzt ausschließlich und allein, wie bisher, den Berufsgenossenschaften überlassen, und das mit Recht, und ihnen sogar die seither den Schiedsgerichten zustehende anderweite Rentenfestsetzung nach Umfluß von 5 Jahren von der Rechtskraft der ersten Feststellung ab übertragen. Von einem schädigenden Eingriff in die Selbstverwaltung kann also jetzt wohl nicht mehr gesprochen werden.

Ausschlaggebend für die Beibehaltung der Versicherungsämter muß eben der Gedanke sein, daß die Arbeiterversicherung eines örtlichen Unterbaues absolut und dringend bedarf.

Oberversicherungsämter an Stelle und unter Benützung der bisherigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde — z. B. in Preußen Bezirksausschüsse bei den Regierungen, in Baden etwa Bezirk des Gr. Landeskommissärs — besorgen die Geschäfte der Reichsversicherung als höhere Beschluß-, Spruch- und Aufsichtsbehörde — mittlere Instanz. Sie sollen nicht wie bislang von der Landesversicherungsanstalt abhängige, sondern selbständige staatliche Behörden sein.

Ihre Tätigkeit wird aber nicht auf die Entscheidung über Renten- und Entschädigungsansprüche in Unfall- und Invalidenrentensachen beschränkt, sondern auch auf die Hinterbliebenen- und Krankenversicherung, sowie auf Verwaltungsgeschäfte mannigfacher Art ausgedehnt werden. Gleichzeitig sollen die Oberversicherungsämter im Interesse der Entlastung des Reichsversicherungsamtes in einer Reihe von Fällen endgiltig entscheiden. Sie beschließen oder entscheiden in der Besetzung von einem auf Lebenszeit ernannten Direktor, oder mindestens einem ständigen Mitgliede als Vorsitzenden, und je zwei Beisitzern aus der Zahl der mindestens 40 betragenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Beschluß- und Spruchkammern.

De Entscheidung ist auch giltig, wenn außer dem Vorsitzenden nur je ein Beisitzer erschienen ist; sind drei erschienen, so scheidet aus der doppelt besetzten Gruppe der dem Lebensalter nach jüngere aus. Von den vorgeschossenen Kosten sollen die Bundesstaaten endgiltig tragen: die Bezüge der Mitglieder und ihrer Stellvertreter, ¼ der Kosten der Hilfskräfte, sowie die Kosten der Geschäftsräume, soweit nicht besondere Geschäftsräume beschafft sind. Die übrigen Kosten werden auf die Versicherungsträger eingelegt.

Die Landesversicherungs-Aemter bezw. das Reichsversicherungs-Amt fungieren als oberste Beschluß-, Spruch- und Aufsichtsbehörde in Beschluß- und Spruchsenaten, die jeweils aus 5 Personen, dem Vorsitzenden, einem ständigen, einem richterlichen Mitglied sowie je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter bestehen, deren Zahl beim Reichsvers.-Amt mindestens 24, beim Landesvers.-Amt mindestens 16 beträgt. Eine Entlastung des Reichsversicherungsamtes tritt ein dadurch, daß einmal das Territorialprinzip maßgebend ist, d. h. daß das Landesversicherungsamt stets dann in letzter Instanz entscheiden soll, wenn die angefochtene Entscheidung ein Oberversicherungsamt erlassen hat, das im Bezirke des Landesversicherungsamtes seinen Sitz hat, und sodann durch die Ersetzung des Rekurses durch das Rechtsmittel der Revision, welche nur auf Gesetzesverletzung, Mangel des Verfahrens und Verstoß gegen den klaren Akteninhalt gestützt werden kann, dagegen das Vorbringen neuer Tatsachen und Beweismittel, wie das bisherige Rechtsmittel des Rekurses, nicht zuläßt.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 15. April 1910.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Wie das „Leipziger Tageblatt" auf Grund einer an die Arbeitgeber gerichteten Rundfrage mitteilt, sorgt man sich in diesen Kreisen um so weniger um den Streik, als der milde Winter gestattet hat, durcharbeiten zu lassen. Die meisten Bauten sind so weit fortgeschritten, daß zum größten Teil nur noch die Handwerker die Innenarbeiten auszuführen haben, und demnach werden die Bauten auch zur Zeit fertig werden. Anders liegt die Sache allerdings bei den erst jetzt in Angriff genommenen Bauten, insbesondere auch bei dem Bau des Zentralbahnhofs. Die Lage wird bei den Arbeitgebern nicht ungünstig beurteilt. In Bankkreisen ist man, wie das genannte Blatt erfährt, der Ansicht, daß man auf beiden Seiten bald eine Einigung anstreben wird, so daß der Kampf nicht allzusehr in die Länge gezogen werden wird. Sollte dies aber doch der Fall sein, so werden die Banken ihren Geldnehmern entgegenkommen und Stundung eintreten lassen. Auf den Geldmarkt wird die Bewegung voraussichtlich gar keinen Einfluß haben.

In der heute hier eingetroffenen Nummer der „Hilfe" (No. 15, 17. April) erörtert der Arbeitersekretär Anton Erkelenz den Kampf im Baugewerbe vom Standpunkt des Arbeiters aus. Er fragt, was haben die Arbeiter in die Wagschale zu werfen und gibt folgende Antwort:

Vor allen Dingen eine Einheitlichkeit und Einmütigkeit, wie sie bisher nie bei einer ähnlichen Gelegenheit unter den Arbeitern vorhanden war. Ferner das Bewußtsein, daß es sich um eine Entscheidung für Jahrzehnte handelt. Weiter eine gute Organisation und gute Kassenverhältnisse. Die Stärke der hauptsächlich in Frage kommenden Verbände war Ende 1908:

Maurer	175019	Mitglieder und	5859553	M.	Vermögen
Zimmerer	51119	„ „	1807385	„	„
Bauhilfsarbeiter	55526	„ „	1283149	„	„
Bauhandwerker und Arbeiter (christlich)	35302	„ „	583090	„	„
	316966	„ „	9543177	„	„

Jetzt werden die Summen etwas höher sein, wenn aber in der Presse vielfach von fünfzehn Millionen gerede wird, so handelt es sich da um Ueberweisungen, durch die sich auch kein Unternehmerverband täuschen läßt.

Die Arbeiter nehmen mit einer starken Uneinigkeit in Unternehmerkreisen. Ein Moment, das der Außenstehende in seiner Bedeutung nicht zu schätzen vermag. Jedenfalls haben es die Seestädte vorgezogen, sich mit den Arbeitern zu einigen. Auch Berlin fährt noch Sonderverhandlungen. Die Berliner Unternehmer scheinen ihren 1907 nach dreizehnwöchigem Kampf erreichten, äußerlich glänzenden Sieg noch nicht überwunden zu haben.

Recht scharfe Vorwürfe richtet Erkelenz gegen die Regierung, sie sei nicht auf der Höhe der Zeit gewesen:

Dr. Wiedfeldt, einer der Schiedsrichter von 1907, sitzt jetzt als vortragender Rat im Reichsamt des Innern. Er hatte sich als Vermittler in Arbeitsstreitigkeiten zu seiner Essener Zeit viel Ansehen erworben. Leider gestattete ihm nach seiner Uebersiedlung das Reichsamt nicht, seine Vermittlertätigkeit fortzusetzen. Jetzt, nachdem es zu spät war, machte er im Auftrage des Staatssekretärs einen Vermittlungsversuch. Wenn überhaupt, konnte ein solcher in diesem Augenblick nur dann Erfolg haben, wenn man erkennen konnte, daß die ganze Autorität der Reichsregierung womöglich unter der Führung des Reichskanzlers dahinter stehe. Daran fehlt es aber. Nicht einmal der Staatssekretär Dr. Delbrück beteiligte sich direkt. Und der persönliche Einfluß Wiedfeldts reichte in diesem Augenblick nicht mehr aus, etwas zu erzielen. So ging man erfolglos auseinander. Und das Schicksal wird seinen Lauf nehmen. Zu wessen Gunsten es entscheidet, ist ungewiß. Unsre uneingeschränkte Sympathie ist bei den Arbeitern. Aber außerhalb der direkt Beteiligten wird es Tausende, ja wahrscheinlich Millionen Leidtragende geben. Abgesehen von den an das Baugewerbe liefernden Industrien, die auf lange Zeit hinaus lahmgelegt werden, dürfte eine an vielen Stellen einsetzende Mietsteigerung eine direkte Folge des Kampfes sein. Das Angebot an Wohnungen wird der Nachfrage vielerorts nicht folgen können. Deshalb interessiert dieser Lohnkampf mehr, als die meisten andern die öffentliche Meinung. Und die Regierung? Bitte, Herr Reichskanzler, warum bleiben Sie unsichtbar!

Die Tarifierung von Getreide und Mehl.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag hat an die deutschen Bundesregierungen und an den Reichstag den Antrag gerichtet, Getreide aus Spezialtarif 1 in Spezialtarif 2 oder 3 zu versetzen, die Ausnahmetarife für auszuführendes Getreide aufzuheben und die Frage der Einfuhrscheine für Getreide einer alle Teile des deutschen Volkes befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Sollte aus finanzpolitischen Gründen die Versetzung von Getreide in Spezialtarif 2 oder 3 zurzeit noch nicht möglich sein, so erklärt sich der Kammertag vorläufig mit dem bisherigen Zustande einverstanden, wenn dafür das Mehl in die Wagenladungsklasse B versetzt wird. Von der Erfüllung seines Antrags verspricht sich der Kammertag eine bedeutende Stärkung der Kleinmüller, die jetzt gegen die Großmühlen benachteiligt seien und mit ihnen nicht in Wettbewerb treten könnten. Aus der Begründung heben wir noch folgendes hervor:

Solange die Fracht auf Mehl und Getreide die gleiche ist und nicht im Verhältnis der Ausbeute oder des Wertes gesteigt wird, ist der Mehlversand gegenüber dem Getreideversand in bedeutendem Vorteil und die Vermahlung von Auslandsfrucht ist ein Monopol der Hafenmühlen. Der Binnenmüller kann infolgedessen auf die Vermahlung von Auslandsfrucht nur wenig oder gar keine Betriebskosten schlagen, weshalb sie größtenteils vom vermahlenen Inlandsgetreide getragen werden müssen. Inländisches Getreide kann für den Bedarf in der eigenen Gegend niemals vorteilhafter in Großmühlen verarbeitet werden, denn der Vorteil, den die Massenfabrikation durch billige Betriebskosten bietet, würde durch die doppelten Frachtkosten und sonstigen Spesen mehr als kompensiert. Die Großmühlen sind daher immer auf Einfuhr und Verwertung des fremden Getreides begründet. Gestützt auf diese Tatsachen erwartet der Kammertag im Interesse der Erhaltung des Müllergewerbes die Berücksichtigung seiner Wünsche, von denen er noch besonders hervorhebt, daß sie auch nicht mit den Interessen der Landwirtschaft im Widerspruch stehen.

Deutsches Reich.

— **Ein bemerkenswertes sozialdemokratisches Bekenntnis,** durch das der Kampf um das Wahlrecht schwer geschädigt werden wird, wird von den „Bremer Nachrichten" festgenagelt. Danach berichtete am Montag die sozialdemokratische „Bremer Bürgerztg." über die bremische Wahlrechtsdemonstration und stellte in einem Artikel, der die Ueberschrift „Die Macht der Straße" trägt, den glatten Verlauf des Umzugs fest: Die Polizei hätte nirgend etwas zu tun bekommen. Und dann fügt das sozialdemokratische Parteiorgan hinzu:

„Die roten Umstürzler bewiesen, daß sie so lange die Ordnung zu beachten wissen, bis die Zeit für den „Umsturz" reif sein wird".

— **Keine Lohnämter für die Hausindustrie.** Verschiedene industrielle Verbände haben sich in den letzten Tagen mit dem im Reichstage vorliegenden Gesetzentwurf zur Regelung der Hausarbeit beschäftigt. Uebereinstimmend sind Resolutionen dahingehend gefaßt, daß die Errichtung von Lohnämtern für die Hausarbeit nicht in das Gesetz aufgenommen werden möge. Die Resolutionen sind zweifellos veranlaßt durch die frühere Haltung des Reichs-

---

Arbeit, kleine Arbeit gilt es da mitzutun. Aber aus solcher Arbeit, Stein um Stein und seien sie klein wie Meteorstäubchen, baut sich die Forschung, — nicht aus vergänglichen Sensationen.

Ob ein vielleicht zu erwartender elektromagnetischer Sturm auch auf unsere Witterung einen bescheidenen Einfluß haben könnte? Ob eine bestimmte jähe barometrische Luftdruckänderung wenigstens ein schwacher Hilfsanlaß zu dem einen oder anderen etwas intensiveren lokalen Vulkanausbruch oder Erdbeben werden könnte?

Anhalt haben wir gerade dafür nicht.

Ein Einfluß jener elfjährigen Sonnenfleckenperiode auf unsere irdischen Witterungsverhältnisse ist bisher nicht sicher nachgewiesen. Daß wir im ganzen heute auf eine Epoche stärkeren Vulkanismus wie (im Zusammenhang mit vielleicht wieder einsetzender Gebirgsbildung) stärkerer Erdbeben losgehen, ist an sich wahrscheinlich (daher Martinique, Messina usw.), es fragt sich aber durchaus, ob da der Barometerstand des Augenblicks wirklich im größeren Sinne mitspielen kann, und abermals fragt sich, ob elektromagnetische Erdstörungen nun wieder diesen Barometerstand beeinflussen.

Schließlich: hier überall könnten wir nur lernen, und wir wollen lernen. Gibt die Kometenkrisis einen besonders heftigen Wettersturz, so wäre das eine lehrreiche Tatsache. Wahrscheinlich nach dem bisher Vorliegenden ist sie nicht, aber dieses „Vorliegende" ist stets nur ein „Vorbericht". Unfehlbar ist sein Votum nicht.

Ja: unfehlbar! Hier wollen wir natürlich nicht ins Uebertriebene fallen. Alle Forschungsergebnisse bis heute sind nur ein Annäherungswert.

Es kann schlechterdings Unbekanntes geben, das die Erde, das Sonnensystem, die ganze Fixsternenwelt in diesem Moment, da diese Zeile gelesen wird, in unfaßbaren Hitzegraden zu Gas verflüchtigt. Es kann. Die Forschung gibt ihre Argumente, zu mehr ist sie nicht verpflichtet. Der Arzt kann einen Menschen untersuchen und für kerngesund erklären und er kann im nächsten Moment am Herzschlag sterben. Die Erde kann im Moment, da wir auf den Kometen warten, durch eine unzusammenhängende Katastrophe, die von Alpha Zentauri über acht oder zehn Billionen Meilen zu uns herübergreift, vernichtet werden. Jeder von uns kann in Monte Carlo die Bank sprengen; damit zu rechnen ist aber nicht empfehlenswert, obwohl diese Wahrscheinlichkeit sicherlich sehr viel geringer ist, als daß eine Welt, die seit hundert und mehr Jahr-Millionen ohne kosmische Katastrophe sich glatt weiterentwickelt hat, gerade uns Eintagsfliegen dieser lebenden Menschengeneration den Gefallen tun sollte, unterzugehen.

Drews und Weinel.

In Jena war es, wo vor einigen Monaten der erste Zusammenstoß zwischen Prof. Arthur Drews, dem Leugner eines persönlichen Lebens Jesu, und Prof. Heinrich Weinel erfolgte, einem modernen freisinnigen, aber von dem Persönlichkeitsdasein Jesu überzeugten Theologen. Von dort aus hat die ganze weite Kreise so tief bewegende Frage ihren Ausgang genommen. So ist es im höchsten Grade interessant, daß Prof. Weinel mit seinen Ansichten jetzt auch vor einem größeren Publikum zu Worte kommt. Es geschieht das in „Westermanns Monatsheften", auf deren Anregung Weinel sich in einem größeren Aufsatz über das Thema „Jesus, die Geschichtlichkeit seiner Person und seine Bedeutung für unsere Zeit" ausspricht. Als Probe seiner im Maiheft von Westermanns Monatsheften gegebenen Ausführungen teilen wir hier mit Erlaubnis der Redaktion das mit, was Weinel über das Gegenwartsleben der Jesureligion als einer sittlichen Erlösungsreligion zu sagen hat: Erlöst ist nach Weinels Auffassung der Mensch durch das Christentum von der sittlichen Forderung als von einem fremden, richtenden „Du sollst", geschenkt ist ihm das sittliche Leben selbst, eine Umkehr all seiner Affekte. Die Furcht und Sorge sind geschwunden, die Liebe auch zu dem verlorensten Menschen ist bei ihm eingekehrt, und ebenso die innere Tapferkeit der Wahrhaftigkeit, weil er nun aus Gott lebt und ein freier Herr aller Dinge geworden ist. So hat es Jesu zum erstenmal gelebt, und in diesem Leben ruht die Kraft, die bis auf den heutigen Tag von ihm ausgeht.

Auf dieses Ideal der Liebe hin, das Jesus in Vollkommenheit gefunden und gelebt hat, zeigt sich durch die ganze Menschheitsgeschichte eine Entwicklung nach oben. Man sieht überall die Liebe in der Menschheit entstehen und wachsen, von der Familie auf den Stamm, dann auf das Volk überspringen, bis endlich „der Mensch dem Menschen ein Heiligtum" (Seneca) wird. Man sieht sie auch innerlich wachsen: aus der Gerechtigkeit und der Wohltat wird Liebe bis zur vollen Liebesgesinnung in Jesu Sinn. Man sieht sie endlich wachsen aus der Gerechtigkeit und vornehmen Gesinnung auch gegenüber dem Feinde bis zu dem Ende, wo es heißt: „Liebet eure Feinde, segnet, die euch fluchen!" Man braucht diese große Entwicklung der Menschheit bis auf Jesus nicht zu leugnen, man braucht auch das stetige Wachsen und Sichdurchsetzen des Liebesideals in der Menschheit vor ihm nicht zu verkennen. Und man kann doch die geschichtliche Tatsache anerkennen, daß das Ideal in ihm in vorher nicht erreichter Höhe erschienen und daß es seither noch nicht überboten ist. Gegen ihn auszuspielen, daß die Welt noch nicht völlig nach dem Ideal zu leben gelernt hat, daß selbst in seiner Kirche schlechte Jünger, Gewalttätige und Gemeine, selbst unter Priestern und Geistlichen gewesen sind, ist doch ungerecht. Jedes Ideal setzt sich bloß langsam und unter schweren Rückschlägen durch. Endlich aber gar eine Entwicklungstheorie heranzuholen und die Geschichte nach ihr meistern zu wollen, ist erst recht nicht möglich. Wenn man sagt, keine geschichtliche Größe könne eine absolute Bedeutung haben, so ist dagegen geltend zu machen, daß die Geschichte lehrt, daß viele grundlegende Entdeckungen einmal gemacht und dann nur noch ausgebaut worden sind. Man braucht nur an die Erfindungen der Technik zu erinnern oder an naturwissenschaftliche Entdeckungen. Auch die Ideale und Erlösungen der Menschen sind Entdeckungen. Sie scheinen auch wie diese, wenn gemacht, so selbstverständlich und leicht, weil sie eben wahre Entdeckungen sind.

MARCHIVUM

tages in der Heimarbeiterfrage. Der Ausschuß, welcher sich in der vorigen Tagung des Reichstages mit der Vorlage zur Abänderung der Gewerbeordnung beschäftigte, hatte bei der Heimarbeit Beschlüsse gefaßt, die mit den Wünschen der Industrie nicht im Einklang standen. Es war beschlossen, daß für bestimmte Gewerbezweige, in denen Hausarbeiter in größerer Zahl und zu ungewöhnlich niedrigen Löhnen beschäftigt werden, paritätische Lohnämter eingerichtet werden sollten, welche auf Grund der orts- und berufsüblichen Löhne Mindestzeit- oder Mindeststücklöhne für einen bestimmten Zeitraum festzusetzen hätten. Diese Festsetzungen sollten der Zustimmung der Behörde unterliegen. Die Reichsregierung hatte jedoch damals diese Beschlüsse für unannehmbar erklärt, und es muß als ausgeschlossen gelten, daß sie von dem Standpunkt, jede behördliche Einmischung in Lohnfragen abzulehnen, diesmal abgehen würde.

Vom badischen Landtag.

J. W. Karlsruhe, 14. April.

In der heutigen Sitzung hatte der Präsident vor Eintritt in die Beratung des Einkommen- u. Vermögenssteuergesetzes die Erledigung der am Dienstag nicht zu Ende geführten Positionen Zoll- und Steuerverwaltung auf die Tagesordnung gesetzt. Nach längerer Debatte, in der sich Ministerialdirektor Göllert und Staatsrat Seubert über die vorgetragenen Wünsche der Beamten äußerten, wurden die beiden Positionen genehmigt. In dieser Debatte entspann sich noch ein heftiger Diskurs zwischen der Sozialdemokratie, den Linksliberalen und dem Zentrum über die Branntweinliebesgabe, da aus Ausführungen des Staatsrats Seubert festgestellt wurde, daß eine badische Großbrennerei ebensoviel Nutzen aus der Liebesgabe ziehe, als die vielen kleinen Brenner zusammen. Darauf wurde das Zentrum, das die Annahme der Liebesgabe durch den schwarz-blauen Block im Reichstage damit verteidigt hatte, daß diese Gabe hauptsächlich dem Kleinbrennereibetriebe nutzen solle, festgenagelt.

Dann wurde die Beratung des Steuergesetzes in Angriff genommen. Der Abg. Wittemann (Ztr.) erstattet den umfangreichen Bericht und beantragte für die Kommission den Antrag auf Annahme des Gesetzes in der Fassung, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist. Das Gesetz ist in der Kommission durch den Großblock geschaffen worden, nachdem die Regierung die Zentrumsanträge für unannehmbar erklärt hatte. Das Zentrum hatte dann den Kommissionsbeschluß ebenfalls aber vorbehaltlich zugestimmt.

Heute gebraucht es nun einen demagogischen Kniff, indem es den Antrag stellte, die Steuersätze der Regierung auf Einkommen unter 3000 M. zu ermäßigen und auf Einkommen von 10—20 000 Mark zu erhöhen. Die Sätze auf mittlere Einkommen von 3 bis 10 000 Mark sollten die gleichen bleiben. Der Antrag dient lediglich agitatorischen Zwecken, da die Regierung schon in der Kommission erklärt hatte, daß solche Sätze für sie unannehmbar sind.

Wenn man das Zentrum betrachtet, das die hanebüchene Reichsfinanzreform schuf und nun sieht, welches demagogische Mäntelchen die Partei sich nun hier in Baden bei dem Steuergesetz umknüpfen will, so erhält man ein groteskes Bild.

Nach Stellung des Antrages wurde die Sitzung auf Samstag früh 9 Uhr vertagt.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 62. Sitzung.

Karlsruhe, 14. April.

Der Präsident eröffnet kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch sind anwesend: Stellv. Leiter des Finanz-Ministeriums Ministerialdirektor Göller, Staatsrat Seubert und Regierungskommissäre.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Fortsetzung der Beratung über das Budget Gr. Finanzministeriums für 1910 und 1911. Ausgaben Titel 6 und Einnahme Titel 3 Zoll- und Steuerverwaltung. Berichterstatter: Abg. Süßkind; 2. Bericht der Budgetkommission und Beratung über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes betr. nebst einschlägigen Petitionen. Berichterstatter: Abg. Wittemann.

Sekretär Abg. Müller gibt dem Hause die neuen Eingänge bekannt, folgende Petitionen: 1. der im staatlichen Dienste stehenden Werftarbeiter zu Mannheim wegen Gewährung eines Lohnzuschlags von 40 Pfg. pro Tag einschließlich aller Arbeiten; 2. der Gemeinden Niklashausen, Höhefeld, Rembach, Dientenhan, Böttigheim, Neubrunn wegen Errichtung einer Haltestelle der Taubertalbahn bei dem Orte Niklashausen; 3. des Robert Thoma in Bernau um Rechtsbeihilfe; 4. des Untererhebers Friedrich Klipfel in Weisweil um etatmäßige Anstellung. — Uebergeben von dem Abg. Frhrn. v. Gleichenstein; bto. Schreiben des Vorstandes des Bodensee-Fischereiverbandes mit dem Berichte über die Gründung und die bisherigen Verhandlungen des internationalen Bodensee-Fischereiverbandes.

Diese werden den entsprechenden Kommissionen überwiesen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: Fortsetzung der Beratung über die Positionen Zoll- und Steuerverwaltung.

Ministerialdirektor Göller. Der Redner befaßt sich anfangs mit Ausführungen des Berichterstatters. Seine Worte sind auf der Tribüne unverständlich. Der Budgetsatz der Fleischsteuer bietet keine glänzende Grundlage für Betrachtungen nach der Seite der Ernährungen der Bevölkerung. Der Berichterstatter hat gefragt, wie hoch sich der Ausfall bei der Grundstücksverkehrssteuer beläuft. Das festzustellen, würde große Erhebungen beanspruchen. Die Bestimmungen des Reiches sind nicht ohne weiteres anwendbar bei uns. Dazu würde es erst einer Gesetzesänderung bedürfen. Wir wollen aber die Anregungen in Erwägung ziehen. Es wurde von einigen Rednern bemerkt, daß die Uebergangs-Bestimmungen des Gehaltstarifs Härten habe. Die Bestimmungen sind in Uebereinstimmung mit den Landständen getroffen und so durchgeführt. Das Finanzministerium ist in allen Fällen bis an die äußerste Grenze gegangen. Ich glaube nicht, daß dem Ministerium Vorwürfe gemacht werden können. Sind einige Härten zutage getreten, so liegt das an dem Gesetze. Ich möchte bitten, Einzelfälle zur Kenntnis des Ministeriums zu bringen. Bei der Durchführung der Spitzenklassen, der Abg. Venedey sprach davon, ist nur die Qualifikation der Beamten in Betracht gezogen worden. Nur unter dieser Bedingung hatte die Regierung ihre Zustimmung zu der Einrichtung der Spitzenklassen gegeben. Die Einziehung von einigen Stellen ist durch die Organisationsänderung der Zusammenziehung der Zoll- und Steuerverwaltung notwendig geworden, da diese überflüssig waren. Es sind im Budget sieben Stellen bezeichnet worden, die fortfallen sollen. Darüber vergeht aber noch geraume Zeit. Außerdem sind 7 dort bei der Zahl von Stellen ohne großen Einfluß. Bei der Vermehrung der etatmäßigen Stellen soll und kann nur unser Prinzip Anwendung finden, das des dienstlichen Interesses. Persönliche Rücksichten können wir nicht nehmen, wollten wir nicht alle erzielten Ersparnisse wieder preisgeben. Die Befürchtungen der direkten Zollbeamten, daß noch mehrere Stellen durch Finanzbeamte besetzt werden, kann ich zerstreuen. Diese Absicht besteht nicht. Bezüglich einer Neuordnung des Titelwesens schweben Verhandlungen zwischen den Ministerien. Es wird auf eine Vereinfachung abgezielt. Die Verhandlungen sind dem Abschlusse nahe. Ich muß jetzt schon bitten, daß dieser Neuregelung keine großen Schwierigkeiten entgegengestellt und daß Sonderwünsche zurückgestellt werden. In der Frage der Einführung von Backwaren für Grenzbewohner stehen zwei wichtige Interessen gegenüber. Das der Bäcker und der Bevölkerung. Die jetzigen Bestimmungen begründen sich auf die Handelsvertragsbestimmungen mit der Schweiz und eine Aenderung ist daher nicht möglich. Einem Mißbrauch der Bestimmungen soll aber entgegengetreten werden. In der Erschwerung des Grenzverkehrs ist ja schon das denkbar möglichste geschehen, so daß einem Mißbrauch bereits gesteuert ist. Was wir tun konnten, haben wir beides getan und ich kann weiteres nicht in Aussicht stellen.

Staatsrat Seubert befaßt sich mit den geäußerten Wünschen über die Zoll- und Grenzbeamten. Bezüglich einer Versetzung von Grenzbeamten, so u. a. der Beamten auf dem hohen Randen, sind wir gern bereit, entgegenzukommen. Wir haben die Stellen angewiesen, lautgewordene Wünsche uns zur Kenntnis zu bringen. Bei der Wohnungsfrage ist zu berücksichtigen, daß die Finanzlage der Errichtung von Dienstwohnungen entgegen steht. Die Nachfrage nach Wohnungen wird ja auch vermindert durch die Reorganisation, wonach die Zahl der Grenzbeamten um 126 reduziert wird auf 367. Bei den Aufsehern ist zu bedenken, daß sie keine Bureaubeamten sind. Wenn aber ein Beamter in Mannheim z. B. einmal von 4 bis 8 Uhr statt von 2—6 Uhr arbeitet, so können wir die Stunden von 6—8 Uhr nicht extra vergüten. Wenn ein Beamter aus seinem Urlaub oder von einer Erkrankung zurückkehrt, so ist es ein Gebot des Anstandes, daß er sich bei seinem Dienstvorstand meldet. Die Maßnahmen bezüglich der Steuererheber sind durchaus sachgemäß. Wenn damit eine Verringerung der Gebühren verbunden ist, so steht ja dem auch eine verminderte Dienstleistung gegenüber. Und die Einschränkung von Dienstreisen ist hier wiederholt gewünscht worden. Der Wunsch nach einer Vergütung für die Auszahlung von Entschädigungen an Tabakarbeiter ist bereits erfüllt worden. Eine Reihe von Fürsorgemaßnahmen sind soeben Gegenstand der Erwägung. Den hier geäußerten Wünschen nach einer Neubewaffnung stehen wir prinzipiell wohlwollend gegenüber. Ich komme dann zu Fragen, die nicht direkt mit den Beamten zusammenhängen, sondern mehr zoll- oder steuertechnisch sind. In der Besserung der Zollverhältnisse sind wir bestrebt, fortzufahren. Der Abg. Reck hat die Frage des Steuernachlasses bei Tabak erwähnt. Ich glaube, er wird auch die Empfindung gehabt haben, daß wir da nicht viel machen können. Eine Erhöhung der Mahngebühren bei Verzögerung der Steuerzahlung wollen wir gern in Erwägung ziehen.

Abg. Geppert (Ztr.) trägt einige lokale Wünsche aus Oberkirch vor und stellt die Frage, ob die kleinen Brenner, die nicht mehr als 30 Liter Alkohol produzieren, am Ende des Jahres eine Rückvergütung erhalten.

Geheimrat Göllert verteidigt die Aufhebung des Finanzamtes in Oberkirch.

Darauf wird die allgemeine Beratung geschlossen und die Spezialberatung eröffnet.

Abg. Banschbach (kons.): Das Sparen sollte nicht soweit ausgedehnt werden, daß davon die kleinen Beamten getroffen werden. Dafür sollten auf anderer Seite Ersparungen gemacht werden.

Staatsrat Seubert äußert sich kurz zu den Wünschen des Abg. Banschbach.

Abg. Kolb (Soz.): Ich möchte die Frage stellen über die Grundsätze, nach denen die Verteilung des Kontingents der Brennereien erfolgt. Mir liegt eine Broschüre vor, die den Vorwurf erhebt, daß die Verteilung ungleich ist. Es wird gesagt, daß eine Firma die Hälfte des Kontingents erhält.

Staatsrat Seubert: Die Bestimmungen über die Verteilung sind kein Geheimnis, sondern veröffentlicht worden. Unsere Aufgabe ist, die vielen Paragraphen zu vollziehen, was nicht so einfach ist. Wir sind ernstlich bemüht, die Bestimmungen genau zu befolgen. Das erfordert eine fast minutiöse Prüfung. Es sind förmliche Kommissionen etc. gebildet worden. Beschwerden sind zulässig. Wir haben eine der größten Brennereien Deutschlands im Lande und es ist daher erklärlich, daß diese einen großen Teil des Kontingents erhält. Die kleinen Brennereien kommen gar nicht in Betracht. (Sehr richtig.)

Abg. Kolb (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Staatsrats sind sehr interessant. Er sagte, daß die kleinen Brenner nicht interessiert sind an der Kontingentierung. Das ist wertvoll, umsomehr, da ein Herr, der hier dem Hause angehört, im Wahlkampf gesagt hat, das Kontingent sei wesentlich für die kleinen Brenner.

Abg. Schmidt-Bretten (B. d. L.): Der Abg. Kolb hat meines Erachtens den Herr Staatsrat falsch verstanden.

Der Abg. Geppert (Ztr.) ist der gleichen Ansicht und der Abg. Süßkind (Soz.) polemisiert dagegen.

Staatsrat Seubert legt, um Mißverständnisse zu verhüten, dar, was als Liebesgabe bezeichnet wird. Wäre die sogenannte Liebesgabe in Fortfall gekommen, so erhielten diese Begünstigung auch die vielen kleinen badischen Brenner nicht. Das wäre nicht im Interesse Badens.

Abg. Schmidt-Bretten (B. d. L.) unterstreicht diese Ausführungen.

Abg. Süßkind (Soz.): Die Sache liegt doch so, daß die kleinen Brenner sowieso die Kontingentierung erhalten, aber der Herr Sinner verdient dadurch eine halbe Million. Darum handelt es sich. Der Abg. Schmidt hat das nicht entkräftigt.

Abg. Kolb (Soz.): Es ist eine Tatsache, daß der Herr Sinner mehr als die übrigen badischen Brenner zusammen von der Liebesgabe erhält. Dadurch wird bewiesen, daß die Großbrenner hauptsächlich den Vorteil haben. Ich möchte bitten, daß uns gelegentlich eine Mitteilung gemacht wird über die Verteilung der Kontingentierung.

Abg. Dr. Zehnter (Ztr.): Der Abg. Süßkind spielt sich hier als Schnapssachverständiger auf. Den Vorteil haben nicht die Groß-, sondern die Kleinbrenner.

Abg. Geppert (Ztr.) vertritt die gleiche Ansicht.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich muß meinen Kollegen Süßkind gegen die Bezeichnung des Abg. Zehnter als „Schnapssachverständiger" in Schutz nehmen. Der Abg. Zehnter hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, auf die Ausführungen des Abg. Süßkind zu achten, denn es läßt ihn gerade das Gegenteil besagen. Er hat gesagt, daß die Kontingentierung für die kleinen Brenner beibehalten bleiben soll, aber es sollte die Liebesgabe für die Großbrenner abgeschafft werden.

Abg. Dr. Heimburger (V.-B.): Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an. Bei der Biersteuer haben wir auch beschlossen, daß die kleinen Brauer von der Steuer befreit bleiben. Das ist aber keine Liebesgabe. Diese ist aber vom Zentrum im Reichstag bei dem Branntweinsteuergesetz beschlossen worden. Die Großbrenner werden durch diese viel, viel mehr begünstigt, als die kleinen.

Abg. Dr. Zehnter (Ztr.): Nach den Ausführungen des Abg. Frank gebe ich zu, den Abg. Süßkind falsch verstanden zu haben. Der Abg. Süßkind ist aber nur noch sachverständig.

Darauf wird die Debatte geschlossen und die Positionen werden genehmigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: Beratung über den Gesetzentwurf der Regierung, die Abänderung des Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes betr.

Abg. Wittemann (Ztr.) erstattete den Bericht.

Der jetzt zur Beratung stehende Gesetzentwurf „die Abänderung des Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes betr." wurde bei der Eröffnung des Landtages 1909-10 am 23. Nov. 1909 von dem Großherzog in der Thronrede als eine der Arbeiten bezeichnet, welche den zusammentretenden Landtag beschäftigen sollten. Die diesbezügliche Stelle lautete:

> Die Aenderung des Reichsgesetzes wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung macht es notwendig, einige Vorschriften unserer Einkommen- und Vermögenssteuergesetzgebung zu ändern. In dem hierwegen Ihnen zugehenden Gesetzentwurf wird weiter vorgeschlagen, im Einkommensteuergesetz das bisherige Steueranschlagsystem zu verlassen und dafür einen Steuertarif einzuführen.

In seinem Vortrage bei Vorlage des Staatsvoranschlages für die Jahre 1910 und 1911 stellte der Finanzminister Honsell weiter bereits fest, daß seine 2 Jahre zuvor wiederholt im Landtage geäußerte Besorgnis, „daß mit dem steigenden Staatsbedarf die Entwicklung der Staatseinnahmen nicht Schritt halten werde, sich leider verwirklicht habe". Er wies hier schon darauf hin, daß weder die 1908 beschlossene Erhöhung der Einkommensteuer noch der natürliche Steuerzuwachs ausgereicht haben, um die Belastung der Staatskasse für die durch die Gesetze von 1909 normierten gesteigerten Beamten-, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge auszugleichen, daß ferner die ungünstige Lage des badischen Eisenbahnwesens nicht bloß die Aufhebung des Zuschusses aus allgemeinen Staatsmitteln an die Eisenbahnschuldentilgungskasse nicht gestatte, vielmehr auf Jahre hinaus eine namhafte Erhöhung dieses Zuschusses von jährlich 2 auf 4 Millionen auf Jahre hinaus gebieterisch fordere. Dazu komme eine weitere erhebliche Belastung des ordentlichen Etats durch die beabsichtigte Erhöhung der Lehrergehalte. Die schlechte Bilanz des Staatsvoranschlags lasse es unvermeidlich erscheinen, „um — wie eine solide Finanzwirtschaft es erfordert — dem Gleichmaß von Ausgaben und Einnahmen möglichst nahe zu kommen, erhöhte Staatseinnahmen flüssig zu machen."

Aus dieser Situation heraus erfolgte an die 2. Kammer am 11. Februar 1910 die Vorlage dieses Gesetzentwurfes.

Erheblicher und prinzipieller Art das Einkommensteuergesetz, weniger bedeutend und mehr nebensächlich das Vermögenssteuergesetz.

Den äußeren, mehr nebensächlichen Anlaß gaben die seit 1. April 1909 in Kraft getretenen neuen reichsgesetzlichen Vorschriften wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung (Doppelsteuergesetz vom 22. März 1909 — R.G.Bl. Nr. 16), welche die Aenderung einiger hiermit nicht mehr übereinstimmender Bestimmungen des badischen Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes erforderlich machen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Aenderung des § 2 Absatz 3 und die Aufhebung des § 4 des seitherigen Gesetzes vom 13. Mai 1870.

Außer den durch die reichsgesetzliche Neuregelung der Steuerpflicht erforderlich werdenden Aenderungen schlägt die Regierung im Einkommensteuergesetz in erheblicherem, im Vermögenssteuergesetze in geringerem Umfange auch noch andere Aenderungen vor, sachlicher und formeller Art, die für den Vollzug dieser Gesetze, für deren Klarheit und möglichste Uebereinstimmung in gemeinsamen Vorschriften zweckmäßig und wünschenswert erscheinen.

So erschien es angezeigt, die Bestimmungen über die Besteuerung von Ausländern besser und schärfer zu fassen, auch die Möglichkeit zu geben, die badischen Staatsangehörigen, welche sich unter Aufgabe ihres badischen Wohnsitzes auf Reisen oder zu anderen Zwecken ins badische Ausland begeben, wenigstens zwei Jahre noch zur Steuer heranzuziehen; ferner gesetzliche Vorsorge zu treffen, um Doppelbesteuerungen zu vermeiden oder deren Härten zu mildern. Für den Zeitpunkt des Beginns der Steuerpflicht bei Erhöhung oder Minderung des Einkommens oder Vermögens werden aus steuertechnischen Gründen etwas geänderte Voraussetzungen vorgesehen. Im Einkommensteuergesetz soll die Lokalisierung für Beginn und Ende der Steuerpflicht auf den Aufzug oder Weggang in einer bestimmten Gemarkung (unter Beibehaltung derselben für die fluktuierende) für die stationäre Bevölkerung aufgehoben werden, da sie im Vermögenssteuergesetz sich auch nicht findet. Die Wohnsitzverlegung soll die Steuerpflicht nicht mehr unterbrechen, sondern trotz Wohnsitzverlegung weiterbestehen lassen. Gegenüber der bisherigen Pflicht, Steuernachträge in einer Summe zu bezahlen, soll eine Fristenzahlung gestattet werden.

Im Vermögenssteuergesetz sollen die Voraussetzungen der Steuerfreiheit für Witwen, elternlose Minderjährige und erwerbsunfähige Personen verschärft werden.

Der Schwerpunkt und die wesentliche Bedeutung der vorgeschlagenen Aenderungen liegt aber darin, daß im Einkommensteuergesetz mit dem System der Steueranschläge bis zu 20 000 M. und der progressiven prozentualen Zuschläge zu den höheren, 25 000 M. übersteigenden Einkommen gebrochen und ein Steuertarif eingeführt werden soll, welcher die Einkommen in bestimmte Steuerstufen einteilt und für jede Steuerstufe ein für allemal einen bestimmten normalen Steuersatz vorsieht. Nach wie vor soll es Sache des Finanzgesetzes sein, zu bestimmen, welcher Steuerbetrag in den einzelnen Jahren in Prozenten des Normalsteuersatzes tatsächlich zur Erhebung gelangen soll.

Die vorgeschlagene Gestaltung des Steuertarifs ist so gehalten, daß sie einer erheblichen Erhöhung der Einkommensteuer für alle Steuerpflichtigen gleichkommt. Im Durchschnitt sind es 12,9 Proz.

Im Hinblick auf die gespannte Finanzlage will die Regierung damit eine Mehreinnahme von 2 265 000 M. erzielen, statt einen bisherigen Ertrag von 17 565 000 M. künftig 19 830 000 M. herausholen. Dieses Ziel bildet den Hauptgrund zur Gesetzesvorlage.

Die Budgetkommission hat in der Zeit vom 8. bis 15. März in 5 Sitzungen den Entwurf durchberaten. In der ersten Sitzung nahm die Kommission zu dem Gesetzentwurfe prinzipielle Stellung und stellte sich im großen und ganzen auf den Standpunkt der Vorlage, insbesondere nach der Richtung, daß ein Steuertarif eingeführt und aus der Einkommensteuer eine wesentlich höhere Einnahme erzielt werden solle.

Bei der Abhängigkeit der Gemeindebesteuerung von der staatlichen war sich die Kommission dabei wohl bewußt, daß die be-

MARCHIVUM

antragten Gesetzesänderungen auch, was auf besondere Anfrage an die Regierung und von dieser auch bejaht wurde, Aenderungen für die Gemeindesteuern (Umlagen) im Gefolge haben müsse und daß die Progression des Steuertarifs auch für die Gemeindeumlagen und die Kirchensteuer Wirkungen habe. Diese Folgewirkung war für die Stellungnahme zu der Regierungsvorlage daher auch in manchen Beziehungen von beeinflussender Bedeutung.

Von vornherein war die Budgetkommission auch gegenüber dem ursprünglich ablehnenden Verhalten der Regierung entschlossen, das badische Einkommensteuergesetz bei dieser Gelegenheit nach dem Vorgange und Beispiele der Einkommensteuergesetze anderer Bundesstaaten durch die steuerliche Berücksichtigung besonderer, die Einkommensverhältnisse schwer belastender Verhältnisse, wie große Kinderzahl, schwere Unglücksfälle und dergl., sozialer auszugestalten. Die Bestrebungen der Kommission in dieser Richtung fanden schließlich ein ziemlich großes Entgegenkommen seitens der Gr. Regierung, wenn auch weitere Aenderungen, welche im Sinne einer weitergehenden Entlastung der unteren und mittleren Einkommen in der Kommission angeregt wurden, an dem Widerstande der Regierung scheiterten.

Zu der Form, welche die Gesetzesvorlage durch die Kommission unter Zustimmung der Gr. Regierung jetzt erhalten hat, gab schließlich die Regierung ihr vorbehaltloses Placet.

Für eine Berücksichtigung besonderer individueller Verhältnisse durch Gesetz zeigte die Gr. Regierung nach anfänglicher Ablehnung schließlich ein größeres Entgegenkommen. Sie erklärte, daß sie von sich aus auf den Art. 14 des Entwurfes des Jahres 1900 nicht zurückgegriffen habe, weil gerade die 2. Kammer diesen Art. 14 s. Zt. abgelehnt habe und weil der jetzige Zeitpunkt der denkbar ungünstigste sei. Ein solcher Paragraph erschüttere jetzt die Finanzaktion der Regierung, er könne bei besserer Finanzlage später noch in das Gesetz eingearbeitet werden. Schließlich zeigte die Regierung Geneigtheit, auf den Entwurf des Art. 14 von 1900 als äußerstes Entgegenkommen zurückzugreifen und einen diesbezüglichen Vorschlag der Kommission zu unterbreiten.

Die Kommission stellte sich in ihrer Mehrheit zu diesen Anregungen günstig und wünschte, daß entsprechende Bestimmungen jetzt schon in das Gesetz aufgenommen werden sollen.

Um die ungünstigen finanziellen Wirkungen der beabsichtigten Reformen, für deren Ausfall die Regierung keine Mittel und Wege zu haben erklärte, auszugleichen, wurden mehrfache Vorschläge gemacht.

Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß ihre Korrekturen an dem vorgeschlagenen Tarife in Form von Ermäßigungen zugunsten der unteren Steuerstufen unannehmbar seien wegen des finanziellen Effektes. Eine weiter Erhöhung der Besteuerung der Einkommen von 10 000 M. an bringe nicht soviel, als man brauche, da eine größere Belastung nicht leicht möglich und eine Belastung der Einkommen über 100 000 M. mit mehr als 5 Proz. „kaum durchführbar" sei. Die Progression des Tarifs trage schon allen zu berücksichtigenden Verhältnissen genügend Rechnung, sie belaste gegenüber den 5 Proz. aus 100 000 M. und mehr Einkommen, die Einkommen von 900 M. nur mit 0,67 Proz. Die Steigerung des künftigen Steueraufbringens betrage für die Steuerstufen von 900—3000 M. mit 370 921 Pflichtigen (88,8 Proz.) und 507 656 800 M. (56,2 Proz.) Einkommen auf 5 958 458 (30 Proz.) von bisher 5 354 514 (30,5 Proz.) nur 11,2 Proz., für die Steuerstufen von 3000—10 000 M. mit 40 660 (9,7 Proz.) Pflichtigen und 187 776 700 (20,8 Proz.) Einkommen auf 4 754 818 (24 Proz.) Steueraufbringen von bisher 4 183 961 M. (23,8 Proz.) dagegen 13,6 Proz., für die Steuerstufen von 10 000 und mehr bei 6351 (1,5 Proz.) Steuerpflichtigen und 208 000 000 Einkommen (23 Proz.) auf 9 114 750 M. Einkommen (46 Proz.) Steueraufbringen von bisher 8 026 646 M. (45,7 Proz.) dagegen (13,5 Proz.) Diese Zahlen bewiesen, daß man die Einkommen nicht höher belasten könne, wolle man nicht eine Art „Erdrosselungssteuer" einführen und gewissermaßen „die Henne töten, welche die goldenen Eier lege". Da nur Württemberg höher, bis zu 5¼ Proz. gehe, würde das vorhandene Kapital abwandern, weiteres was doch erstrebt werden müsse, nicht zuziehen.

Nach Beendigung der Einzelberatungen wurde über den Gesetzentwurf im ganzen nach der von der Kommission ihm gegebenen Gestaltung abgestimmt und derselbe einstimmig, aber unter Vorbehalt der Wiederholung von Anträgen an das Plenum seitens einer Minderheit, angenommen.

Die Kommission stellt daher den Antrag: Den Regierungs-Entwurf mit den im eingeschobenen Artikel 1a enthaltenen weiteren Gesetzes-Abänderungen und einschließlich des Tarifs zu Art. 21 mit den von der Kommission bezüglich der 4 untersten Steuerstufen von 900 bis 1400 M. Einkommen beschlossenen Aenderungen der Normalsteuersätze anzunehmen.

Weiter ist zu berichten von der Petition des Fabrikantenvereins Mannheim. (Wir haben vor kurzem ausführlich die Petition mitgeteilt. D. Red.) Es wird geklagt über eine zu hohe Progression und über eine Bevorzugung der Landwirtschaft.

Die Kommission beantragt den Punkt 1 der Petition für erledigt zu erklären. Der Punkt 2 soll der Regierung empfehlend überwiesen werden. Der Inhalt des Punktes 3 soll der Regierung als Material überwiesen werden.

Präsident Rohrhurst: Von dem Abg. Dr. Zehnter und Gen. [Ztr.] ist ein Antrag eingelaufen auf Abänderung der Staffelung und zwar bei einem Einkommen bis 3000 Mk. soll eine Ermäßigung der Regierungssätze erfolgen. Bei einem Einkommen von 3 bis 10 000 Mark sind die Sätze der Regierung beibehalten worden. Bei einem Einkommen von 10—20 000 Mark soll eine Erhöhung der Regierungssätze stattfinden.

Der Antrag wird gedruckt werden und geht dem Hause im Laufe des Tages zu.

Abg. Rebmann (natl.) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, die Sitzung hier abzubrechen, da Fraktionssitzungen stattfinden.

Präsident Rohrhurst: Da das Haus nichts einwendet, vertage ich die Sitzung auf Samstag früh 9 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung.

Nachtrag zum lokalen Teil.

* **Das Großherzogspaar** reiste heute morgen nach Kollenbrunn zur Auerhahnjagd.

Von Tag zu Tag.

— Die Kronprinzenbriefe. Den Kronprinzen hat, wie die „N. G. C." hört, die in Amerika erfolgte Veröffentlichung seiner Briefe an den Grafen Hans Ferdinand Hochberg mit tiefem und herzbeweglichem Unmute erfüllt. Der Kronprinz hat diesem Unmute im Kreise von Kameraden unverhohlenen Ausdruck gegeben. Die Freundschaft zwischen dem Kronprinzen und dem Grafen Hochberg war so ernst und aufrichtig, wie man sie selten antrifft. Niemals hätte der Kronprinz es für möglich gehalten, daß sein Freund die intimen und vertraulichen Briefe aus den Händen geben, am wenigsten, daß er sie in die Hände eines skrupellosen Geschäftsmannes legen konnte. Der Kronprinz hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er diese Freundschaft, nach solchem Vertrauensbruche, als beendet ansieht. Auch der Kaiser hat sich über die Veröffentlichung der Privatbriefe seines Sohnes sehr ungehalten geäußert.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Radenburg, 13. April. Gestern fand im Gasthaus zum „Bad. Hof" eine Sitzung der Gewerkschaftskommission des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins und des Wirtevereins statt. Gen. Deck, als Vertreter des Wirtevereins, erklärte, daß sich der Wirteverein mit dem Vorschlag der Gewerkschaftskommission einverstanden erkläre, wonach 0,35 Liter zum Preise von 10 Pfennig zum Ausschank gelangen. Eine dahingehende schriftliche Erklärung wurde seitens des Wirtevereins abgegeben. Durch diese Erklärung ist dem Boykott vorgebeugt worden.

* Karlsruhe, 14. April. Das Kaiserpaar wird Samstag, den 23. April, zu einem mehrstündigen Besuche des Großherzogspaares und der Großherzogin-Witwe Luise hier eintreffen.

w. Straßburg, 14. April. Den „Straßb. Neuesten Nachrichten" zufolge ist der aus Belgien stammende, einstmals berühmte Flötenvirtuose Norgnoy heute hier im Alter von 80 Jahren gestorben.

Ein Torpedoboot gerammt.

* **Stettin, 14. April. Die „Stettiner Neuest. Nachrichten" melden aus Saßnitz: Gestern abend gegen 8 Uhr wurde bei einer Nachtübung der vor Saßnitz liegenden Flotte das Torpedoboot „S 122" von dem kleinen Kreuzer „München" gerammt. Das Torpedoboot wurde mittschiffs getroffen und vollständig aufgerissen. Die Maschine wurde umgeworfen. Die Maschinisten Küster und Genée sind tot. Mehrere Mann der Besatzung sind verwundet. Die anderen Boote eilten sofort zur Hilfe, sodaß es gelang, „S 122" vor dem Versinken zu retten. Heute vormittag 8 Uhr wurde das schwerbeschädigte Torpedoboot durch die Boote „S 128 und 160" in langsamer Fahrt nach Swinemünde eingeschleppt. Die ganze Torpedoflotte hat Halbmast geflaggt.**

Die Beendigung des Ausstandes in Marseille.

w. Marseille, 14. April. Die Arbeit auf den Quais wurde wieder aufgenommen. Die Zahl der auf den verschiedenen Arbeitsstätten sich meldenden Arbeiter ist so groß, daß sie nicht alle Verwendung finden konnten. In der Gasanstalt und in den anderen Fabriken wird normal gearbeitet.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

⊡ Berlin, 14. April. Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, wonach eine Dreipfennig-Postkarte für den Ortsverkehr eingeführt werden sollte. Die Reichsdruckerei sollte angeblich diese Karten schon fertig haben. Wie aus durchaus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, entbehrt diese Nachricht jeder tatsächlichen Unterlage. Die Einführung einer Dreipfennigpostkarte ist nicht geplant.

⊡ Berlin, 14. April. In der Wahlprüfungskommission wurde heute über die Wahl des nationalliberalen Abg. Sievers verhandelt. Sievers ist in dem 16. hannoverschen Wahlkreise Lüneburg, den früher Frhr. v. Wangenheim vertrat, gewählt. Die Wahlprüfungskommission erklärte die Wahl für ungiltig. Die Vorfrage, ob in Konsequenz der Ungiltigkeitserklärung der Wahl des Abg. Wehl, die Tätigkeit der Krieger-Vereine bei Wahlen als Grund für die Kassierung der Wahl anzusehen sei, wurde mit 8 gegen 6 Stimmen bejaht. Dagegen stimmten von der Fortschrittlichen Volkspartei der Abg. Dormann, während der Abg. Neumann-Hofer dafür stimmte. Hierauf wurde mit 9 gegen 5 Stimmen die Wahl für ungiltig erklärt. Im Plenum dürfte die Entscheidung voraussichtlich eine andere sein, denn es ist ohne Zweifel, daß die Volkspartei sich dem Standpunkt Dormanns anschließen wird. Es sind nunmehr drei nationalliberale Mandate von der Wahlprüfungskommission kassiert worden, 1. die Wahl des Abg. Wehl (Celle-Peine), 2. die Wahl des Abg. Kleye (Wolfenbüttel) und 3. die Wahl des Abg. Sievers.

Die neue Geschäftsordnung des preuß. Abgeordnetenhauses.

⊡ Berlin, 14. April. Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beendete in ihrer Sitzung vom Mittwoch Abend die Beratung des konservativen Antrages auf Abänderung der Geschäftsordnung; gemäß dem Antrage der Subkommission und der konservativen Anträge wurde beschlossen, die Bestimmung in die Geschäftsordnung aufzunehmen, daß im Falle besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Geschäftsordnung der Präsident des Abgeordnetenhauses den Abgeordneten für den Rest des Tages von den Sitzungen ausschließen kann. Weiter kann auf Vorschlag des Präsidenten das Haus einen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal einschließlich der Tribünen ausweisen und zwar bis zur Dauer von sechs und im Wiederholungsfalle während der Tagung bis zur Dauer von 12 Sitzungstagen. Der Präsident hat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die Ausschließung oder Ausweisung vorzunehmen. Er kann hierzu die Sitzungen auf bestimmte Zeit aussetzen und den Sitzungssaal mit den Tribünen räumen lassen und die ausgeschlossenen Mitglieder aus dem betr. Raum entfernen lassen und den Wiedereintritt verhindern. Gegen den Ordnungsruf, oder die Ausschließung durch den Präsidenten kann von dem betr. Abgeordneten spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch erhoben werden. Das Haus entscheidet frühestens in der nächsten Sitzung ohne Besprechung, ob der Ordnungsruf oder die Ausschließung gerechtfertigt war. Bei einzelnen Bestimmungen stimmten die Nationalliberalen und das Zentrum dagegen, das volksparteiliche Mitglied beteiligte sich nicht an der Debatte, stimmte aber schließlich gegen alles.

Ein schweres Verbrechen entdeckt.

⊡ Berlin, 14. April. In Zielenzig in der Mark verschwand vor 6 Jahren der 72jährige Altenteiler Ferdinand Fabian, von dem Gerüchte wissen wollten, daß er ermordet sei. Jetzt nach 6 Jahren hat man die Reste des Ermordeten gefunden u. seine Mörder verhaftet. Am 11. April 1904 geschah der Mord. Genau 6 Jahre später, am 11. April 1910, fand man den Ermordeten und verhaftete seine Mörder. Im Kremmschen Hause, wo Fabian gewohnt hatte, wohnte seit über 30 Jahren ein Freund des Ermordeten, der Hufner Heermann. Das Haus ist jetzt niedergebrannt und Heermann konnte nur mit Mühe vor dem Verbrennungstode gerettet werden. Es wurde damals gleich Brandstiftung vermutet. Wie sich herausgestellt hat, ist der Brand von Kremm gleichfalls angelegt worden, um einen Mitwisser des Mordes von Fabian, den Hufner Heermann aus der Welt zu schaffen. Heermann hatte keine bestimmte Beweise für den Mord, so daß er bisher geschwiegen hat. Er konnte aber auf Befragen der Gendarmen wichtige Fingerzeige geben und führte die Gendarmen nach einem Acker, wo einen Tag nach dem Verschwinden des Fabian ihm aufgefallen war, daß dort frisch gegraben war und kleine Blutspuren zu sehen gewesen sind. Es wurde nachgegraben und fast 1½ m unter der Erde in einem Sack das Skelett des Altenteilers, sein Lederriemen und Stoffreste gefunden. Das Kremmsche Ehepaar wurde sofort verhaftet, leugnete aber bisher hartnäckig, allein man hat eine andere Person noch vernommen, die eine schwer belastende Aussage machte, so daß das Ehepaar so gut wie überführt ist. Frau Kremm steht vor der Geburt ihres achten Kindes.

Deutscher Handelstag.

⊡ Berlin, 14. April. Am heutigen zweiten Verhandlungstag der 36. Vollversammlung des Deutschen Handelstages wurde zunächst die Frage der Fernsprechgebühren-Ordnung beraten. Der Referent hierüber war Geh. Rat Vogel-Chemnitz, der namens des Ausschusses eine Erklärung vorlegte des Inhalts, daß der Deutsche Handelstag auf seiner Vollversammlung vom 20. März 1908 einstimmig gegen die Vorschläge des Reichspoststempels sich erklärte, die Pauschalgebühren zu beseitigen und nur noch Gesprächsgebühren zu erheben, nach wie vor ist, jedoch damit einverstanden ist, daß bei großer Geschäftszahl eine gestaffelte Erhöhung der Pauschalgebühren stattfindet.

Ein Parsevalflieger in die See gefallen.

□ Berlin, 14. April. Aus Plau (Pommern) wird gemeldet: Die Versuche mit dem Parsevalflieger wurden seit heute morgen 4 Uhr fortgesetzt. Mit starkem, böigem Wind fuhr der Apparat mit riesiger Schnelligkeit, sodaß ihm die ihn begleitenden Schnellboote sehr schwer folgen konnten. Um ½11 Uhr erfaßte der Wind die rechten Flügel, hob den Apparat in die Höhe und warf ihn dann in die See. Die Führer des Apparates fielen aus dem Apparat ins Wasser. Sie sind wahrscheinlich, da alle drei gute Schwimmer sind, von dem Motorboote gerettet worden. Alle verfügbaren Segel- und Motorboote haben sich auf die See begeben, um an der Rettungsaktion teilzunehmen.

Der Kampf im Baugewerbe.

* Straßburg, 14. April. Die gestrige, sehr zahlreich besuchte außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Landesverband Elsaß-Lothringen, hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, sämtliche Betriebe am Freitag, den 15. d. M. abends zu schließen. In Betracht kommen Maurer, Zimmerleute, Erd- und Bauhilfsarbeiter.

Auch die organisierten Bauarbeiter hielten gestern eine große Versammlung ab. Die „Straßb. Post" gibt über diese Versammlung folgenden Bericht: Das Mitglied des Arbeiterdelegiertenausschusses Rennert beleuchtet dann kurz die Situation. Drei Forderungen der Arbeitgeber seien von allem unannehmbar: der allgemeine Tarif, die Akkordarbeit nach freier Vereinbarung und die Organisierung des Arbeitsnachweises ausschließlich durch die Unternehmer. „Wir werden nie darauf eingehen," so ruft der Redner unter begeisterter Zustimmung. „Es soll verteidigt werden, was wir in jahrzehntelanger Arbeit errungen haben." Er stattet darauf Bericht über die einmütigen Beschlüsse des Maurerverbandstages. Danach soll bei einer Aussperrung in den ersten 14 Tagen keine Unterstützung gewährt werden. Die von der Aussperrung nicht Betroffenen haben täglich 50 Pfennig in die Verbandskasse zu zahlen. Ledige erhalten in der Woche zwei Mark weniger, ebenso diejenigen, die dem Verbande erst ein Jahr angehören. Dem Arbeiter auf dem Lande wird 3 M., und den in den Verband Neueintretenden 4 M. pro Woche an der Unterstützung abgezogen. Zum Schluß gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Straßburger Bauarbeiterschaft in dem großen Kampfe bewähren möge. Auch aus den Worten sämtlicher Diskussionsredner sprach eine entschlossene Kampfesstimmung. Ein Vertreter des Straßburger Gewerkschaftskartells verwies auf die internationale Solidarität und sicherte die weitgehende Unterstützung der Gewerkschaften zu. In einem lebhaften Schlußwort wandte sich Gewerkschaftssekretär Voigt nochmals gegen die Forderungen der Arbeitgeber. Zwei straffe, kampfbereite Organisationen stießen aufeinander. Es gelte einen Kampf um Sein oder Nichtsein. Interessant waren vor allem einige Zahlen, die Voigt anführte. Nach seiner Schätzung wird sich die Zahl der Ausgesperrten auf 75—80 000 belaufen. Ihre Unterstützung erfordert pro Woche 1 000 000 M. Der Maurerverband verfügt augenblicklich über 6 Millionen, wozu noch die Beiträge der Arbeitenden kämen.

* Magdeburg, 14. April. **Hier sind Einigungsverhandlungen** angeknüpft worden, die es allerdings nicht hindern, daß vorläufig die Aussperrung in Kraft tritt. Den „Leipz. N. Nachr." wird berichtet: Wie es scheint, sind die hiesigen Führer der Unternehmer im Baugewerbe geneigt, zu einem friedlichen Abkommen mit den Bauarbeitern zu gelangen. Denn am Dienstag fanden vor dem Stadtrat Scholz als unparteiischem Vorsitzenden Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Parteien statt, die am Mittwoch fortgesetzt wurden. Dem „Ztr.-Ang." zufolge soll von hier aus ein letzter Versuch gemacht werden, auf die Leitung der beiden Verbände im Sinne einer Verständigung zu wirken. Auch die „Magdeburger Ztg." behauptet, daß, sowie die Magdeburger Verhandlungen zu einer Verständigung geführt haben, auf dieser Grundlage eine Einwirkung auf die großen Verbände versucht werden soll. Die Aussperrung wird in Magdeburg inzwischen ohne Rücksicht auf den Verständigungsversuch durchgeführt werden, es sei denn, daß er baldigst zum Ziele führen sollte, was nicht ganz ausgeschlossen ist. Wie der „Lok.-Anz." erfährt, werden die Magdeburger Arbeitgeber am Donnerstag eine Delegation nach Berlin senden, um sich dort mit dem Arbeitgeberbund ins Einvernehmen zu setzen. Die Magdeburger Arbeitgeber sollen schon seit längerer Zeit eine von der Mehrheit abweichende Haltung eingenommen haben.

MARCHIVUM

Volkswirtschaft.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter A.-G., Frankfurt a. M.

Wie aus dem im Inseratenteil vorliegender Nummer veröffentlichten Prospekt obiger Gesellschaft ersichtlich, wurden auf Antrag der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt, der Rheinischen Creditbank und der Bankfirma Marx u. Goldschmidt-Mannheim nom. M. 2 000 000 neue Aktien der Mitteldeutschen Gummiwarenfabrik Louis Peter A.-G. Nr. 3001—5000 zum Handel und zur Notierung an der Frankfurter Börse zugelassen. Die Gesellschaft hat seit ihrem Bestehen immer sehr gute Erträgnisse geliefert und brachte folgende Dividendensätze zur Verteilung: 1904/05: 7 Prozent, 1905/06: 8 Prozent, 1906/07: 16 Prozent, 1907/08: 22 Prozent und 1908/09: 25 Prozent. Im Geschäftsjahre 1908/09 erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von M. 1 616 510. Im laufenden Geschäftsjahre hat sich die Gesellschaft weiter befriedigend entwickelt und ihre Umsätze haben sich wiederum erheblich steigern können. Im übrigen verweisen wir auf den Prospekt.

Fahrplanentwurf der Königl. Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. Der endgiltige Entwurf zum Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M., liegt auf dem Bureau der hiesigen Handelskammer und dem Verkehrbureau zur Einsichtnahme auf.

v. Mannheimer Produktenbörse. Die Stimmung am hiesigen Markt ist fortgesetzt ruhig, da die Unternehmungslust infolge des fruchtbaren Wetters klein bleibt. Nur die notwendigsten Deckungskäufe werden vollzogen. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt wurden für Weizen ebenso für Mehl um 25 Pfg. per 100 Kg. ermäßigt.

Vom Ausland werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, cif Rotterdam: Weizen Laplata-Bahia-Blanca oder Barletta-Russo 78 Kg. per März-April Mark 170—170.50, do. ungarische Aussaat 78 Kg. per März-April M. 170—170.50, do. Rosario Santa Fe 78 Kg. per Januar-Februar —.—, Redwinter 2 per September M. —.—, Hartwinter 2 per September M. —.—, Ulka 9 Pud 30-35 schwimm. M. 170—170.50, Ulka 10 Pud Mark 171—171.50, Azima 10 Pud 5—10 schwimmend M. 179.50—180, Rumänier 78-79 g. per August-September 163, bito 3 Prozent blanfrei prompt M. 181—181.50, Rumänier 79-80 Kg. 3 Prozent blanfrei prompt 182—182.50 M., dito per August-September M. 167.

Roggen russischer 9 Pud 10-15 schwimmend M. 131 bis 131.50, do. 9 Pud 15-20 schwer M. 131.50—132, norddeutscher Roggen 73-74 Kg. prompte Abladung M. 129 bis 132.

Gerste russ. 58-59 per April-Mai M. 107.50—108, do. 59-60 Kg. per März-April M. 108—108.50, Donau 58-59 Kg. per schwimmend M. 109—109.50, do. 59-60 Kg. schwimmend M. 109.50—110, Laplata 46-47 Kg. schwimmend M. —.—.

Hafer russ. prompt 46-47 Kg. M. 109.50—110, do. per April-Mai M. 110—110.50, do. 47-48 Kg. prompt M. 110 bis 110.50. Donau nach Muster schwimmend von M. 110.— bis 111.—, do. prompte Abladung M. 110.50—111, Laplata 46 Kg. per März-April M. 104.50—105, 47 Kg. p. April-Mai M. 105.50 bis 106.—.

Mais Laplata gelb rye terms schwimmend M. 123 bis 123.50 do. April-Mai M. 121—121.50, do. per Mai-Juni M. 121—121.50, Donau schwim. M. —.—, Odessa M. —.—, Novorossik weiß per prompt M. 122, Mixed per Januar-Februar M. 123.

(Weitere Handelsnachrichten siehe 7. Seite.)

* * *

Telegraphische Handelsberichte.

(Telegramme unseres Berliner Bureaus.)

Neues vom Dividendenmarkt.

Berlin, 14. April. Die Verwaltung der Assekuranz-Kompagnie Bremen schlägt 30 Mk. per Aktie gegen 25 Mk. im Vorjahr vor.

Berlin, 14. April. In der gestrigen Generalversammlung der Stettin-Bredower Portland-Zementfabrik wurde die Dividende auf 5 Prozent festgesetzt.

Berlin, 14. April. Die Vereinsbank in Hannover schließt ihre Jahresrechnung nach 716 757 Mk. Gesamtabschreibungen nach Aufzehrung des Reservefonds von 54 575 Mk. mit einem Verlust von 585 625 Mk., bei einem Aktienkapital von 1½ Millionen Mark.

* * *

Zschocke-Werke Kaiserslautern A.-G.

* Kaiserslautern, 14. April. Die bisher unter den Firmen Holzindustrie Kaiserslautern Albert Munzinger und Zschocke's Maschinenfabrik, betriebenen Geschäfte wurden gestern unter der Mitwirkung der hiesigen Filiale der Rheinischen Creditbank in eine Aktiengesellschaft unter der Firma Zschocke-Werke Kaiserslautern A.-G. in Kaiserslautern umgewandelt. Das Aktienkapital beträgt 1 800 000 ℳ. Leiter der Gesellschaft bleibt Herr Gottfried Zschocke. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Herren Justizrat Friedr. Neumayer als Vorsitzender, dann die Herren Georg Crusius, Hüttendirektor in Groß-Ilsede, Rudolph Karcher, Bankdirektor, Heinrich Munzinger, Fabrikant, Dr. ing. E. Schröter, Düsseldorf, und Kommerzienrat Wilh. Uge, Kaiserslautern.

Prozeß Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft — Ingenieur Dr. Diesel.

* München, 14. April. Das Oberlandesgericht München hat heute in der Prozeßsache der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft gegen Ingenieur Dr. Rudolf Diesel, laut „M. N. N.“, das Urteil des Landgerichts München I bestätigt. Danach ist die Klage der Gesellschaft, die auf Anfechtung des Vertrages über die von Dr. Diesel erworbenen Gräfelfinger Aktien u. deren Rückgabe samt Schadenersatz gerichtet war, auch in der zweiten Instanz abgewiesen worden.

A.-G. für elektrotechnische Unternehmungen München.

* München, 14. April. Eine außerordentliche Generalversammlung der A.-G. für elektrotechnische Unternehmungen in München hatte über die Abwicklung des österreichischen Geschäfts zu beschließen. Sie nahm einstimmig die ausführlich begründeten Verwaltungsanträge dahingehend an, die Abbaziabahn abzustoßen, um nicht bei späteren Gelegenheiten etwa noch ungünstigeren Verhältnissen gegenüberzustehen. Günstigere Bedingungen als die gegenwärtige Hauptschuldnerin böte, seien für die Zukunft kaum zu erwarten, obwohl auch hiermit ein Verlust von 24,25 Prozent des Aktienkapitals ev. bei ausbleibender zugesagter Nachzahlung sogar von 33 Prozent verbunden sei. Der Gesamtverlust, der getragen werden müsse, belaufe sich auf mindestens ℳ 456 000, wozu vielleicht noch weitere ℳ 170 000 hinzutreten.

* Hannover, 14. April. Die Generalversammlung der Zentralheizwerke A.-G. in Hannover setzte heute die Dividende auf 18 (14) Prozent fest. Das neue Geschäftsjahr habe mit einer guten Anzahl Aufträge begonnen. Die Preise seien, laut „Frkf. Ztg.“, etwas rückgängig. Der Bauausstand werde eine unausbleibende Rückwirkung auf die Geschäftstätigkeit ausüben.

Neues vom Dividendenmarkt.

* Barmen, 14. April. Die heutige Generalversammlung der Rheinischen Möbelstoff-Weberei vorm. Dahl u. Hunse A.-G. in Barmen beschloß, laut „Frkf. Ztg.“, die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent wie im Vorjahre. Da die Umsätze und die Auftragsbestände in den ersten drei Monaten ds. Js. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine wesentliche Besserung aufweisen, dürfte voraussichtlich im nächsten Jahre eine höhere Dividende zur Ausschüttung kommen.

Insolvenz.

* Paris, 14. April. Das Börsenblatt meldet die Insolvenz der Bankfirma G. Cluny u. Co. mit 1½ Millionen Kapital.

Deutsches Gold in England.

* London, 14. April. Aus Deutschland sind 300 000 Gold, bestehend in Sovereigns, angekommen, welche laut „Frkf. Ztg.“ die Bank von England erhielt.

Allerlei aus Amerika.

* Newyork, 14. April. Die „Iron Trade Reviw“ erklärt, das Auslöschen einiger Hochöfen werde sehr bald erwartet.

* Newyork, 14. April. Die Märzeinfuhr zeigt eine Zunahme von 30 Millionen Dollar, die Ausfuhr eine solche von 4 Millionen. Das ist die erste Ausfuhrzunahme seit Monaten.

* * *

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse

vom 14. April.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 Kg bahnfrei hier.

Weizen, pfälz. neu	23.25——.—	Hafer, bad. neuer	16.——16.50
" Rheingauer	—.——.—	Hafer, nordd.	—.——.—
" norddeutscher	23.——23.25	Hafer, russischer	17.50—18.—
" russ. Azima	24.25—24.50	" La Plata	16.50—16.75
" Ulka	24.——24.25	Mais, amer. Mixed	—.——.—
" Theodosia	25.25—25.50	" Donau	16.50——.—
" Taganrog	24.——24.25	" La Plata	16.50——.—
" Saxonska	24.15——.—	Kohlreps, d. neuer	27.75——.—
" rumänischer	24.75——.—	Kleesamen, deutsch. I	— — —
" am. Winter	—.——.—	" " II	— — —
" Manitoba I	—.——.—	" Luzerne ital.	160—170
" Walla Walla	24.75——.—	" Provenc.	160—180
" Kansas II	—.——.—	" Esparsette	28.——32.—
" Australier	—.——.—	1909er Rotklee	110—135
" La Plata	23.——24.—	Leinöl mit Faß	79.——.—
Kernen, neu	23.——.—	Rüböl in Faß	68.——.—
Roggen, pfälzer neu	16.75—17.—	Backrüböl	70.——.—
" russischer	—.——.—	Fein-Sprit Ia., verst. 100%	178.80
" norddeutscher	17.——17.25	" " " unverst. "	54.80
" amerik.	—.——.—	Roh-Kart.-Sprit verst. 80/88	175.80
Gerste, hies.	16.50—17.25	" " unverst. 80/88	53.80
" Pfälzer	17.——17.50	Alkohol hochgr., " 92/94	53.80
Gerste, ungarische	—.——.—	" " " 88/90	52.80
Russ. Futtergerste	13.25——.—		

Weizenmehl Nr.	00	0	1	2	3	4
	33.50	32.50	31.—	30.—	29.—	26.—

Roggenmehl Nr. 0) 25.50 1) 22.50.

Tendenz: Weizen ruhiger, Roggen, Gerste und Hafer unverändert.

Mannheim, 14 April. Leinsaat 34.— Mk.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 14. April. (Offizieller Bericht.)

Ein größerer Posten Frankona-Aktien ging heute zu 1330 Mark pro Stück um. Bad. Assekuranz-Aktien notierten 1770 G. 1800 B., Oberrheinische Vers.-Aktien 760 G. 770 B. und Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Aktien 60 B. Von Industrie-Aktien waren gesucht: Verein Deutscher Oelfabriken zu 148.50 Prozent, Mannh. Gummi zu 145 Proz., Rhein. Schuckert zu 133 Prozent und Zuckerfabrik Frankental zu 345 Prozent.

Aktien.

Banken.	Brief	Geld
Badische Bank	—.—	134.—
Gewerbk. Speyer 50% E	—.—	—.—
Pfälz. Bank	—.—	101.50
Pfälz. Hyp.-Bank	—.—	196.—
Pf. Spar- u. Cdb. Landau	—.—	—.—
Rhein. Creditbank	—.—	139.25
Rhein. Hyp.-Bank	199.—	—.—
Südd. Bank	119.—	118.—
Südd. Disc.-Ges.	—.—	117.70
Chem. Industrie.		
Bad. Anil.- u. Sodafbr.	475.—	—.—
Chem. Fab. Goldenbg.	—.—	205.—
Ver. chem. Fabriken	329.—	328.—
Verein D. Oelfabriken	—.—	148.50
Westd. A.-W. Stamm	215.—	—.—
" " Vorzug	—.—	102.30
Brauereien.		
Bad. Brauerei	80.—	—.—
Durl. Hof vm. Hagen	230.—	—.—
Eichbaum-Brauerei	—.—	112.—
Elefbr. Rühl. Worms	85.—	84.—
Br. Ganter, Freibg.	91.50	—.—
Kleinlein, Heidelberg	182.—	—.—
Homby. Meierschmitt	—.—	80.—
Ludwigsh. Aktienbr.	—.—	212.—
Mannh. Aktienbr.	—.—	135.—
Brauerei Sinner	250.—	—.—
Br. Schrödl, Heidlbg.	—.—	178.—
" Schwartz, Speyer	—.—	114.25
" S. Welz, Speyer	—.—	—.—
" z. Storch, Speyer	—.—	—.—
Br. Werger, Worms	83.—	—.—
Worms Br. v. Oertge	65.50	—.—
Pf. Preßh.- u. Spritf.	—.—	160.50
Transport u. Versicherung.		
B.A.-G. Rhsch. Seetr.	85.—	—.—
Mannh. Dampfschl.	60.—	—.—

	Brief	Geld
Mannh. Lagerhaus	92.—	—.—
Frankona, Rück- und Mitversi. vorm. Bad. Rück- u. Mitvers.	—.—	1330
Fr. Transp.-Unfall u. Glas-Vers.-Ges.	—.—	2060
Bad. Assecuranz	1800	1770
Continental. Versich.	—.—	650.—
Mannh. Versicherung	727.—	722.—
Oberrh. Versich.-Ges.	770.—	760.—
Württ. Transp.-Vers.	—.—	525.—
Industrie.		
A.-G. f. Seilindustrie	140.—	—.—
Dingler'sche Maschfbr.	—.—	110.—
Emaillw. Maikammer	103.—	—.—
Ettlinger Spinnerei	—.—	99.—
H. Fuchs Wag. Hdlbg.	—.—	195.—
Hüttenh. Spinnerei	—.—	—.—
Heddernh. Kupferw. u. Südd. Kabelw. Frkf.	126.—	—.—
Karlsr. Maschinenbau	—.—	220.—
Nähmbr. Haid u. Neu	260.—	—.—
Kolsch. Cell. u. Papierf.	208.—	—.—
Mannh. Gum. u. Asb.	—.—	145.—
Maschinenf. Baden a	—.—	200.—
Oberrh. Elektrizität	—.—	19.—
Pfälz. Mühlenwerke	—.—	—.—
Pf. Nähm. u. Fahrradf.	—.—	139.—
Port. Zement Hdlbg.	—.—	140.—
Rh. Schuckert-Ges.	—.—	133.—
Südd. Draht-Indust.	138.50	137.—
Verein Freib. Ziegelw.	120.—	—.—
" Speyr.	—.—	—.—
Würzmühle Neustadt	—.—	—.—
Zellstoffabr. Waldhof	—.—	269.—
Zuckerfbr. Waghäusel	195.—	—.—
Zuckerfbr. Frankenth.	—.—	345.—
Zuckerraff. Mannh.	—.—	—.—

* * *

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Berlin, 14. April. Fondsbörse. Die Erwartung, daß infolge der angekündigten Goldeingänge bei der Bank von England mit einer Diskonterhöhung in London heute nicht zu rechnen wäre, verhalf der heutigen Börse im Verein mit der gestern in Newyork eingetretenen Besserung zu einer recht festen Eröffnung. Das Geschäft war anfangs etwas reger als in den Vortagen. Im Vordergrund des Interesses standen heute elektrische Werte, in denen fortgesetzt Meinungskäufe erfolgten, da man die Geschäftsaussichten infolge der geplanten Elektrisierung der Staatsbahnen und des Baues von großen Ueberlandzentralen recht günstig beurteilte. Von Transportwerten erfahren heute Anatolier und Warschau-Wiener große Beachtung, doch auch Amerikaner erzielten im Anschluß an Newyork erhebliche Kursbesserungen. Von Montanwerten setzten besonders Bochumer auf Deckungen fester ein, auch sonst überwogen anfangs Besserungen. Von Banken erzielten Darmstädter eine ansehnliche Steigerung. Nach Beendigung der zum ersten Kurs vorliegenden Nachfrage griff auf allen Marktgebieten infolge Gewinnrealisationen eine Abschwächung Platz und das Geschäft lenkte wieder in ruhigere Bahnen ein. Für die am Montanmarkt beobachtete Zurückhaltung vermied man auf den unbefriedigenden Iron-Age-Bericht über den amerikanischen Eisenmarkt. Nur der Elektrizitätsmarkt büßte von seiner Lebhaftigkeit nichts ein. Tägliches Geld 3 Prozent.

In der dritten Börsenstunde war die Tendenz bei mehrfachen Schwankungen am Montanmarkte besser. Russische Bankaktien zogen stärker an, wogegen Hohenloheaktien auf angeblich bevorstehende Zinkpreisermäßigungen ermatteten. Der Kassamarkt der Industriepapiere lag fest.

Berlin, 14. April. (Devisennotierungen.)

kurz Holland	168.80	168.90	vista New-York	420.—	419.75
" Belgien	80.87	80.875	kurz Wien	85.02	85.05
" London	20.485	20.48	lang Wien	—.—	—.—
" Paris	81.125	—.—	kurz Petersburg	—.—	—.—
" Italien	80.60	80.55	lang	—.—	—.—
" Schweiz	81.—	81.05	kurz Warschau	—.—	—.—

Berlin, 14. April. (Anfangs-Kurse.)

Kreditaktien	—.—	—.—	Laurahütte	172.50	172.90
Disc.-Kommandit	187.80	188.50	Phönix	221.70	222.60
Staatsbahn	—.—	160.20	Harpener	197.—	198.20
Lombarden	21.—	21.—	Tend.: fest.		
Bochumer	236.25	239.90			

Berlin, 14 April. (Schlußkurse.)

Wechsel London	20.495	20.495	Reichsbank	145.70	145.20
Wechsel Paris	81.15	81.15	Rhein. Creditbank	139.—	139.—
4% Reichsanl.	102.25	102.25	Russenbank	157.80	156.80
4% " 1909	—.—	—.—	Schaaffh. Bankv.	140.—	140.20
3½% Reichsanl.	93.30	93.30	Südd. Disc.-G.-A.	117.90	118.—
3½% " 1909	—.—	—.—	Staatsbahn	160.50	160.40
3% Reichsanleihe	84.50	84.60	Lombarden	21.10	21.—
4% Consols	102.30	102.25	Baltimore u. Ohio	111.10	111.80
3% " 1909	—.—	—.—	Canada Pacific	182.90	183.60
3½% "	93.30	93.30	Hamburg Packet	140.90	141.50
3½% " 1909	—.—	—.—	Nordd. Lloyd	103.80	103.60
3% "	84.40	84.60	Bochumer	238.10	239.40
4% Bad. v. 1901	101.—	100.—	Deutsch-Luxembg.	211.50	211.70
4% " 1908/09	—.—	101.80	Dortmunder	93.20	93.—
3½% " conv.	99.—	—.—	Gelsenkirchner	207.70	208.10
3½% " 1902/07	—.—	—.—	Harpener	197.80	197.70
3½% Bayern	92.80	92.75	Laurahütte	172.80	173.10
3½% Hessen	92.—	92.10	Phönix	221.70	222.—
3% Hessen	81.50	81.50	Westeregeln	219.80	[illegible]
3% Sachsen	84.—	84.—	Allg. Elektr.-Ges.	263.50	266.40
4½ Japaner 1905	98.60	98.50	Anilin	474.25	474.70
4% Italiener	—.—	—.—	Anilin Treptow	361.90	360.70
4% Russ. Anl. 1902	90.80	91.—	Brown Boveri	199.90	201.—
4% Bagdadbahn	87.—	87.10	Chem. Albert	472.50	474.40
Oester. Kreditaktien	208.60	—.—	D. Steinzeugwerke	248.50	248.50
Berl. Handels-Ges.	176.20	176.20	Elberf. Farben	483.70	480.50
Darmstädter Bank	133.10	134.20	Cellulose Kostheim	205.70	206.20
Deutsch-Asiat. Bank	154.50	155.20	Rütgerswerken	181.20	183.60
Deutsche Bank	250.20	250.40	Tonwaren Wiesloch	110.—	110.—
Disc.-Kommandit	187.90	188.40	Rh. Draht. Langend.	231.—	231.—
Dresdner Bank	159.—	159.70	Zellstoff Waldhof	270.—	270.—

Privatdiskont 3 1/8 %

W. Berlin, 14. April (Telegr.) Nachbörse.

Kredit-Aktien	208.50	208.50	Staatsbahn	160.50	160.40
Diskonto Komm.	188.10	188.30	Lombarden	21.—	21.20

Pariser Börse.

Paris, 14. April. Anfangskurse.

3% Rente	98.77	98.80	Debeers	485.—	483.—
Spanier	96.37	96.30	Eastrand	138.—	136.—
Türk. Loose	—.—	—.—	Goldfield	170.—	1?7.—
Banque Ottomane	722.—	722.—	Randmines	239.—	237.—
Rio Tinto	1914	1916			

Londoner Effektenbörse.

London, 14. April. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse.

2½ Consols	81 1/4	81 3/16	Robbersfontein	13 1/4	13 1/4
3 Reichsanleihe	82 1/4	82 1/4	Premier	9—	9—
4 Argentinier	90 1/4	90 1/4	Randmines	9 1/4	9 1/8
4 Italiener	103 1/2	103 1/2	Atchison comp.	115	117
4 Japaner	95 1/4	96—	Canadian	187	188
3 Mexikaner	35	35	Baltimore	113	115—
4 Spanier	95—	95	Chikago Milwaukee	146—	147—
Ottoman ank	18 1/4	18	Denvers com.	41	43—
Amalgamated	75 1/4	77	Erie	30	31 1/4
Anacondas	9 1/4	9 1/2	Grand Trunk III pref.	54	55—
Rio Tintos	75 3/4	76	" " ord.	29	29
Central Mining	17—	16	Louisville	153	155—
Chartered	38 1/4	37 1/4	Missouri Kansas	42—	44
De Beers	19	19	Ontario	46 1/8	46 1/4
Eastrand	5	5	Southern Pacific	128	126
Geduld	2 1/4	2	Union com.	190	193
Goldfields	6	6	Steels com.	87	90
Jagersfontein	9	9 1/4	Tend.: still.		

Wiener Börse.

Wien, 14 April. Vorm. 10 Uhr.

Kreditaktien	668.70	668.20	Oest. Kronenrente	95.70	95.65
Länderbank	493.50	492.—	" Papierrente	98.80	98.75
Wiener Bankverein	542.20	542.—	" Silberrente	98.85	98.80
Staatsbahn	751.—	749.50	Ungar. Goldrente	113.90	113.80
Lombarden	120.50	119.50	" Kronenrente	92.60	92.62
Marknoten	117.46	117.48	Alpine Montan	740.50	740.20
Wechsel Paris	95.32	95.36	Tend.: ruhig.		

Wien, 14 April. Nachm. 1.50 Uhr.

Kreditaktien	665.50	66—	Buschtehrad. B.	967.—	968.—
Oesterreich-Ungarn	1785	1786	Oesterr. Papierrente	98.80	98.75
Bau u. Betr. A.-G.	—.—	—.—	" Silberrente	98.85	98.80
Unionbank	597.—	596.—	" Goldrente	117.65	117.65
Ungar. Kredit	811.—	815.—	Ungar. Goldrente	113.90	113.80
Wiener Bankverein	542.—	542.—	" Kronenrente	92.60	92.60
Länderbank	492.—	491.—	Wch. Frankf. vista	117.48	117.50
Türk. Lose	241.—	241.—	" London "	240.75	240.70
Alpine	739.—	735.—	" Paris "	95.36	95.36
Tabakaktien	—.—	—.—	" Amsterd. "	199.30	199.30
Nordwestbahn	—.—	—.—	Napoleon	19.11	19.11
Holzverkohlung	2615	2600	Marknoten	117.48	117.50
Staatsbahn	749.—	750.50	Ultimo-Noten	117.51	117.5[illegible]
Lombarden	120.—	119.20	Tend.: ruhig.		

Berliner Produktenbörse.

* Berlin, 14. April. Produktenbörse. Unter Einwirkung der matten Auslandsdepeschen und ermäßigten Offerten, sowie der prachtvollen Witterung eröffnete der Markt für Brotgetreide in matter Haltung, die auch später anhielt. Die teilweise hervortretende Erholung war nur geringfügiger Natur. Hafer schloß sich der Abschwächung an. Rüböl war per Mai behauptet, Oktober dagegen gefragt und höher. Wetter: warm.

Berlin, 14. April. (Telegramm.) (Produktenbörse.) Preise in Mark per 100 kg frei Berlin netto Kasse.

		13.	14.			13.	14.
Weizen	per Mai	225.25	224.75	Mais	per Mai	145.50	—.—
	" Juli	221.75	220.75		" Juli	—.—	—.—
	" Sept.	207.25	206.25		"	—.—	—.—
	"	—	—		"	—.—	—.—
Roggen	per Mai	169.50	[illegible]	Rüböl	per April	—.—	—.—
	" Juli	164.75	163.75		" Mai	58.20	58.10
	" Sept.	164.50	163.—		" Okt.	56.30	55.90
Hafer	per Mai	157.—	156.25	Spiritus 70er loco		—.—	—.—
	" Juli	—.—	161.50	Weizenmehl		30.—	29.75
	"	—.—	—.—	Roggenmehl		20.60	20.80

MARCHIVUM

Liverpooler Börse.

Liverpool, 14. April. (Anfangskurse.)

		13.		14.	
Weizen per Mai		7/10⅝	ruhig	7/10⅛	ruhig
"	Juli	7/9⅞		7/9⅞	
Mais per März		—		—	träge
per Juli		—		—	

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Frankfurt a. M., 14. April. Fondsbörse. Der Verkehr an der heutigen Börse gestaltete sich zwar nicht sehr umfangreich, doch übte die bessere Haltung der Newyorker Börse eine Befestigung auf die allgemeine Tendenz aus, wozu auch der Umstand beitrug, daß man die Verhältnisse am Geldmarkt etwas zuversichtlicher auffaßt. Auf dem Bankenmarkte entsprach die anregende Belebung dem Newyorker Markte. Baltimore und Ohio zogen im Kurse an, auch für Orientbahn bestand weiteres Interesse, auf Dividendengerüchte Shantungbahn fest. Der Hauptverkehr war in elektrischen Werten zu beobachten. Auf diesem Gebiete spielten die fortdauernden Chancen der elektrischen Industrie eine bedeutende Rolle. Der Kurs der Schuckertaktien zog wesentlich an und Edison, Deutsch-Ueberseе und Lahmeyer wurden rege gehandelt. An diese Aufwärtsbewegung schlossen sich auch die übrigen Werte dieses Gebietes an. Auf dem Markte der Kaliindustriepapiere sind chemische Werte fest, Maschinenfabrik Dürrkop bevorzugt. Der Montanmarkt zeigte eine feste Tendenz. Schiffahrtsaktien behauptet. Von Bankaktien sind zunächst Darmstädter Bank bei festerer Tendenz zu erwähnen. Disconto-Commandit und Handelsgesellschaft belebter, Süddeutsche Bank zogen im Kurse um 2 Prozent an. Auf dem Fondsmarkte sind heimische Anleihen behauptet, von ausländischen Griechen und Türken erholt. Im weiteren Verlaufe hielt die gute Stimmung für elektrische Werte an. Schuckert notierten 152,00 bis 153,50. An der Nachbörse wurde das Geschäft ruhiger, doch erhielt sich der gute Geschäftsverkehr auf dem Gebiete des Industriemarktes. Es notierten: **Kredit** 208,70, **Disconto** 188,70, **Dresdner** 159,75, **Staatsbahn** 160,40, **Lombarden** 20,75, 21,10, **Baltimore und Ohio** 111,80.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Schlußkurse.

Wechsel.

		13.	14			13.	14.
Amsterdam	kurz	168.82	168.87	Check Paris		81,20	81 20
Belgien	"	80.95	80.933	Paris	kurz	81 166	81.166
Italien	"	80.625	80.625	Schweiz. Plätze	"	81 05	81 083
Check London	"	20.502	20.497	Wien	"	85 016	85.00
London	"	20.475	20.46	Napoleonsd'or		16 26	16.25
"	lang	—.—	—.—	Privatdiskonto		3[1]/16	3[1]/16

Pfandbriefe. Prioritäts-Obligationen.

	13.	14.		13.	14.
4% Frf. Hyp.-Pfdb.	100.—	100.—	4% Preuß. Pfandb.-Bank unk. 1919	100 75	100.75
4% F.H.B.Pfdbr.08	100 50	100.50	4% Pr.Pfdb.unk. 15	99.90	99.90
4% " " 1910	100.—	100.—	4% " " " 17	100 25	100.25
4% Pf.Hyp.B.Pfdb.	100.10	100,10	3½ " " " 14	94.10	94.10
3½%	93.—	93.—	3½ " " " 19	91.50	91.50
3½% Pr. Bod.-Cr.	91.20	91 20	3½ Pr. Pfdbr.-Bk.-Kleinb. b. 04	—.—	—.—
4% Ctr.Bd.Pfd.v.90	99.90	99.70			
4% " " 99 unk. 09	99 90	99.70	4% Pr. Pfdbr.-Bk.-Hyp.-Pfd.-Kom.-Obl. unkündb. 12	98.—	98 —
4% " Pfdbr.v.01 unk. 10	99,90	99.70	4% Rh.H.B.Pfd. 09	100.—	100.—
4% " Pfdbr.v.08 unk. 12	99.90	99.70	4% " " " 1907	100.—	100.—
3½ " Pfdbr.v.86 90 u. 94	90.90	90.90	4% " " " 1912	100.—	100.—
3½ " Pfd. 99/05	90.90	90.90	4% " " " 1917	100 40	100.40
			4% " " " 1919	101 30	101.30
4% " Com.-Obl. v.01, unk. 10	100.40	100,40	3½ " " " verschied.	91.60	91.60
			3½ " " " 1914	91.60	91.60
3½ " Com.-Obl. v. 87/91	92 20	92.20	3½ Rh. H.-B. C.-O.	91 60	91.60
			4% N.W.B.C.B.10	—.—	—.—
3½ " Com.-Obl. v. 96/06	92.37	92.30	4% Pf. B. Pr.-Obl.	—.—	—.—
			3½% Pf. B. Pr.-O.	—.—	—.—
4% Pr.Pfdb.unk. 09	99.25	99.25	1⁴/₁₀ Mal.Mt.n.C.B.	74 30	74.20
4% " " " 12	99 40	99.4			
4% " " " 14	99.60	99 60	Mannh. Vers.-A.-G.	727 —	727.—

Staatspapiere. A. Deutsche.

	13	14.		13	14
4% deutsch. Reichsanl.	102.25	109.35	4 Mh. Stadt-A. 1908	100.80	—.—
3 " " 1909	—.—	—.—	4 " " 1909	—.—	—.—
3½ " "	93 20	93.45	3½ " " 1905	91.60	91.70
3½ " " 1909	——	—	**B. Ausländische.**		
4 " "	84.50	84.45	5 Arg. i. Gold-A. 1887	—.—	—.—
3½% pr. konf. St.-Anl.	102.30	102.30	5% Chinesen 1896	103.—	103.—
4 do. do. 1909	—.—	—.—	4½ " " 1898	99.90	100.—
3½ " "	93.80	93.35	4½ Japaner	98.55	98.50
3½ " " 1909	——	—.	Mexikaner äuß. 88/90	101.45	101.45
3	84.70	84.35	3 Mexikaner innere	—.—	69.00
4 badische St.-A. 1901	100.60	100 80	Bulgaren	101 10	101,10
4 " 1908/09	101.95	101.95	3½ italien. Rente	104.60	—.—
3½ bad.St.-O.(abg)fl	97 —	96.70	4½ Oest. Silberrente	99.10	99 —
3½ " " M.	94 15	94.—	4½ " Papierrent.	—.—	—.—
3½ " " 1900	93 40	—.—	Oesterr. Goldrente	100 25	100.20
3½ " " 1904	93 30	93.30	3 Portug. Serie I	65.70	65.70
3½ " " 1907	93 10	93.—	3 " III	66.65	66.95
4 bayr.E.-B.-A.b.1915	102.—	102 —	4½ neue Russen 1905	100 25	100.25
4 " " 1918	102.95	102.2	4 Russen von 1880	91.50	91.40
3½ do. u. Allg.Anl.	92 85	92.85	4 span. ausl. Rente	—.—	—.—
4 do. E.-B.-Obl.	83.70	83 35	4 Türken von 1903	88.60	88.70
4 Pfälz.E.-B.Prior.	101.20	101,20	4 " unif.	94 70	94 90
3½ " "	——	—.—	4 Ung. r. Goldrente	95.70	95.70
4 Hessen von 1901	101 50	101 50	4 " Kronenrente	92.80	92.85
3 Hessen	81,50	81.60	**Verzinsliche Lose.**		
3 Sachsen	84 —	84.15	3 Oesterreichische 1860	174.10	174.—
4 Wh. Stadt-A. 1907	—.—	—.—	Türkische	178.—	178.—

Aktien industrieller Unternehmungen.

Bad. Zuckerfabrik	194.75	193,10	Hebd. Ku. u. Südd. Kb.	125 50	125.—
Südd. Immobil.-Ges.	96.60	96.—	Kunstseidenfabr. Frkf.	170 50	169.25
Eichbaum Mannheim	114.—	114.50	Lederwerk. St. Ingbert	66.—	66 —
Mh. Aktien-Brauerei	135.—	135.—	Spicharz Lederwerke	112.—	112 —
Parkakt. Zweibrücken	90.50	90 50	Ludwigsh. Walzmühle	165.—	165.—
Weltz.-Sonne, Speyer	90.—	90.—	Adlerfahrradw. Kleyer	377 50	380 50
Cementwerk Heidelbg.	140.60	141.—	Maschinenfbr. Hilpert	82.—	81.80
Cementfabr. Karlstadt	126.—	122.—	Maschinenfb. Badenia	201 50	203 —
Badische Anilinfabrik	474.30	475 —	Dürrkopp	384 50	401 50
Ch. Fabrik Griesheim	261.—	262 50	Maschinenf. Grißner	239,20	238 40
Farbwerke Höchst	462.—	467.—	Masch.- Armat. Klein	111.—	112.—
Ver. chem. Fabrik Mh.	—.—	—.—	Pf. Nähm.-u. Fahrrad/ Gebr. Kayser	138.—	140. —
Chem. Werke Albert	471.50	474.—			
Südd. Drahtind. Mh.	137.—	137.—	Röhrenkesselfabrik		
Akkumul.-Fab. Hagen	215.—	215.—	vorm. Dürr & Co.	40 50	39 90
Ver. Böse, Berlin	19. —	19.80	Schnellpressenf. Frkth.	215.—	215.—
Elektr.-Ges. Allgem.	263.—	267.50	Ver. deutscher Oelfabr.	148.50	149.10
Lahmeyer	111 25	112.40	Schuhfabr. Herz, Frkf.	121.80	121 80
Elektr.-Ges. Schuckert	149.10	153 10	Zellindustrie Wolff	139.75	139.70
Rheinische	132.50	135. —	Z'wollsp. Lampertsm.	55.—	55.—
Siemens & Halske	238.—	240.50	Kammgarn Kaiersl.	200.—	199.90
Gumi Peter	335.50	335.50	Zellstoffabr. Waldhof	269 50	270.20

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Südd. Eisenb.-G.	120 60	120.75	Gotthardbahn	—.—	—.—
Hamburger Packet	140.80	141 40	Ital. Mittelmeerbahn	—.—	—.—
Norddeutscher Lloyd	103.75	103.70	do. Meridionalbahn	139.—	140 —
Oest.-Ung. Staatsb.	160.75	160.40	Baltimore und Ohio	111.10	111 80
Oest. Südbahn Lomb.	20.80	20.75			

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Badische Bank	134.—	134.60	Oesterr.-Ung. Bank	127.70	127.80
Berg u. Metallb.	118 20	118.—	Oest. Länderb. ak	123.60	123.90
Berl. Handelsges.	175.90	176 40	" Kredit-Anstalt	208.20	208.70
Comerz. u. Disk.-B.	114.10	114.10	Pfälzische Bank	101.40	101.40
Darmstädter Bank	133 15	134.50	Pfälz. Hyp.-Bank	195.50	195.75
Deutsche Bank	250 50	250.75	Preuß. Hypothekenb.	124.05	124.20
Deutschasiat. Bank	155 75	155 20	Deutsche Reichsbk.	145 20	145 20
D. Effekten-Bank	107 35	107.50	Rhein. Kreditbank	135 —	139.20
Disconto-Comm.	187 90	188 70	Rhein. Hyp.-B. M.	198 50	—.—
Dresdener Bank	158.75	159 70	Schaaffh. Bankver.	140.10	140.40
Frankf. Hyp.-Bank	211.—	210 50	Südd. Bank Mhm.	117,10	119.—
Frkf. Hyp.-Kreditv.	167.30	167,10	Wiener Bankver.	137 10	137.45
Nationalbank	124.—	123 60	Südd. Diskont	117.75	117.75
			Bank Ottomane	143 —	143.—

Bergwerksaktien.

Bochumer Bergbau	236 50	238.80	Harpener Bergbau	198 50	198.50
Buderus	109.50	109.10	Kaliw. Westerregeln	214 50	218.—
Concordia Bergb.-G.	—.—	—.—	Oberschl. Eisenindustr.	96 20	96.—
Deutsch. Luxemburg	210.70	211.50	Phönix	222.25	222.10
Eschweiler Bergw.	200.20	200.40	Gr. Königsb.-u. Laurah.	172 60	173 —
Friedrichshütte Bergb.	136 50	136 50	Gewerksch. Roßleben	97 00	10 200
Gelsenkirchner	207.50	208.10			

Frankfurt a. M., 14. April. **Kreditaktien** 208.70, **Disconto-Commandit** 188 30, **Darmstädter** 134.25, **Dresdner Bank** 159 40 **Handelsgesellschaft** 176.70 **Deutsche Bank** 250.50, **Staatsbahn** 160.10 **Lombarden** 20.85 **Bochumer** 238.75, **Gelsenkirchen** 208.30 **Laurahütte** 173.—, **Ungarn** 95 70 **Tendenz:** fest.

Nachbörse. Kreditaktien 208 70, **Disconto-Commandit** 188.70 **Staatsbahn** 160.40, **Lombarden** 21.—.

* * *

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegramm-Adresse: **Margold.** Fernsprecher: **Nr. 56 und 1637**

14 April 1910. **Provisionsfrei!**

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt:	Verkäufer %	Käufer %
A.-G. für Mühlenbetrieb, Neustadt a. d. H.	106	103
Atlas-Lebensversicherungs-Gesellschaft, Ludwigshafen	M. 380	M. 370
Badische Feuerversicherungs-Bank	M. 240	—
Baumwollspinnerei Speyer Stamm-Aktien	58	—
Vorzugs-Aktien	100	—
Benz & Co., Rhein. Gasmot., Mannheim alte Aktien	141	—
junge Aktien	138	—
Bruchsaler Brauerei-Gesellschaft	66	—
Bürgerbräu, Ludwigshafen	240	—
Chemische Fabriken Gernsheim-Heubruch	—	92
Daimler Motoren-Gesellschaft, Untertürkheim	148	146
Deutsche Südseephosphat A.-G.	205 ftr	—
Erste Oesterreich. Glanzstoffabriken	334	—
Fahr Gebr., A.-Ges., Pirmasens	116	—
Filterfabrik Enzinger, Worms	erb Geb	—
Flink, Eisen- und Bronzegießerei, Mannheim	70	—
Herrenmühle vorm. Gebr. Heidelberg	—	98 ftr
Herzogpark, Terrain-A.-G., München	—	110 ftr
Kühnle, Kopp u. Kausch, A.-G. Frankenthal	—	89
Lindes Eismaschinen	—	129
Neckarsulmer Fahrradwerke	140	—
Pacific Phosphate Shares junge	—	8½
Rheinau, Terrain-Gesellschaft	—	104 ftr
Rheinische Automobil-Gesellschaft A.-G., Mannheim	—	135
Rheinmühlenwerke, Mannheim	140	—
Rheinschiff.-A.-G. vorm. Fendel, Mannheim	111	—
Schiff- u. Maschinenbau A.-G. Mannheim, Stamm.	—	90 ftr
Stahlwerk Mannheim	—	113
Süddeutsche Jute-Industrie, Mannheim	112	—
Süddeutsche Kabel, Mannheim, Genußscheine	—	M. 170
Unionwerke, A.-G., Fabriken f. Brauerei-Einrichtungen	114	—
Unionbrauerei Karlsruhe	—	38 ftr
Ver. Diamantminen Lüderitzbucht	—	148
Vita Lebensversicherungs-Gesellschaft, Mannheim	—	M. 510
Waggonfabrik Rastatt	90	—
Waldhof, Bahngesellschaft	—	105
" Immobiliengesellschaft	—	120 ftr

Verantwortlich:
Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum;
für Kunst und Feuilleton: Julius Witte,
für Lokales, Provinzielles und Gerichtszeitung: Richard Schönfelder;
für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Kircher
für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joos.
Druck und Verlag der Dr. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.
Direktor: Ernst Müller.

PROSPEKT.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter Aktiengesellschaft

zu Frankfurt a. M.

Nom. M. 2,000,000.— neue auf den Inhaber lautende Aktien

2000 Stück über je M. 1000.— No. 3001—5000.

Die **Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M.** ist als Aktiengesellschaft am 7. April 1905 durch Umwandlung der gleichnamigen Firma gegründet und am 22. Juni 1905 in das hiesige Handelsregister eingetragen worden.

Der Sitz der Gesellschaft ist in Frankfurt a. M. Sie kann Zweigniederlassungen und Kommanditen an anderen Orten errichten.

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Gummiwaren jeder Art, von Bestandteilen und Zubehörstücken zu Fahrrädern und sonstigen Fahrzeugen und von allen dieserhalb erforderlichen Einrichtungen, Maschinen und sonstigen Gegenständen. Die Gesellschaft ist befugt, sich an Unternehmungen gleicher Art in jeder Form zu beteiligen. Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt.

Das **Grundkapital** der Gesellschaft betrug ursprünglich 3 000 000.— Mark, eingeteilt in 3000 Stück auf den Inhaber lautende vollgezahlte Aktien zum Nennwerte von je ℳ 1000.—. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 22. Januar 1910 beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um ℳ 2 000 000.— durch Ausgabe weiterer nom. ℳ 2 000 000.— auf den Inhaber lautender, voll eingezahlter Aktien Stück 2000 zu ℳ 1000.— No. 3001—5000 zum Zwecke der Verstärkung der Betriebsmittel. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt demnach nunmehr ℳ 5 000 000.— Die neuen Aktien nehmen an der Dividende des laufenden Geschäftsjahres 1909/10 voll teil.

Von den ℳ 2 000 000.— neuen Aktien sind von der Gesellschaft ℳ 1 500 000.— den alten Aktionären derart angeboten worden, daß auf je 2 alte Aktien eine neue zum Kurse von 250 pCt. zuzüglich Stückzinsen vom 1. Oktober 1909 bezogen werden konnte. Die Ausübung des Bezugsrechts ist gemäß der erfolgten Bekanntmachung vom 1. März 1910 bis zum 15. März 1910 einschließlich erfolgt. Die Begebung des Restes der Aktien, welche der Verwaltung vorbehalten worden ist, ist bereits erfolgt. Die Aktien sind unter fortlaufenden Nummern mit den faksimilierten Unterschriften eines Mitgliedes des Aufsichtsrates und zweier Mitglieder des Vorstandes versehen ausgefertigt und mit Gewinnanteilscheinen und einem Erneuerungsschein ausgegeben.

Der **Vorstand** besteht nach Bestimmung des Aufsichtsrates aus einer oder mehreren Personen, welche von dem Aufsichtsrat bestellt und entlassen werden. Gegenwärtig bilden den Vorstand die Herren von Lüde, A. Pulvermacher und Heiges, sämtlich hier.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus mindestens 3 und höchstens 9 von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern. Von den Mitgliedern des Aufsichtsrates scheiden jedesmal in der ordentlichen Generalversammlung soviele aus, daß die Amtsdauer jedes einzelnen Mitgliedes spätestens in der vierten ordentlichen Generalversammlung nach seiner Wahl ein Ende erreicht. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Scheidet vor Ablauf der Wahlperiode aus irgend einer Veranlassung ein Mitglied aus, so ist eine Ersatzwahl bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung nicht erforderlich, insofern noch mindestens drei Mitglieder im Amte bleiben. Der Aufsichtsrat wählt jedes Jahr nach abgehaltener ordentlicher Generalversammlung seinen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter mit einfacher Stimmenmehrheit. Berufen wird der Aufsichtsrat von seinem Vorsitzenden entweder aus eignem Antriebe oder auf schriftliches Verlangen von wenigstens zwei Mitgliedern, oder auf Antrag des Vorstandes. Der Aufsichtsrat wird zur Zeit gebildet aus den Herren: Kommerzienrat Louis Peter als Vorsitzendem, Justizrat C. Wertheim, beide hier, Herrn Direktor Ernst Berge in Untertürkheim und Herrn Bankier Hermann Marx in Mannheim.

Die **Generalversammlung** wird unbeschadet der Bestimmung in § 254 des H. G. B. von dem Vorstand oder Aufsichtsrat einberufen unter Mitteilung der Tagesordnung mittelst einmaliger öffentlicher Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern, welche dergestalt zu erlassen ist, daß zwischen dem Tage der Ausgabe des die Bekanntmachung enthaltenden Blattes und dem Tage der Versammlung ein Zeitraum von mindestens 20 Tagen liegt. In der Generalversammlung gewährt jede Aktie über ℳ 1000.— eine Stimme. Um die Stimmberechtigung auszuüben, müssen die Aktionäre ihre Aktien spätestens am dritten Werktage vor dem Tage der Generalversammlung bei dem Vorstande, einem Notar oder den von dem Vorstande zu diesem Zwecke bekannt gemachten Stellen innerhalb der üblichen Geschäftsstunden gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen. Die ordentliche Generalversammlung findet innerhalb des ersten Semesters jeden Geschäftsjahres statt.

Das **Geschäftsjahr** läuft vom 1. Oktober jeden Jahres bis zum nächstfolgenden 30. September. Der Abschluß der Jahresrechnung, die Aufstellung der Inventur und Bilanz und die Ermittelung des Reingewinnes erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen und entsprechend den gesetzmäßigen Vorschriften. Die danach etwa erforderlichen Abschreibungen werden jedesmal vom Aufsichtsrate vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung festgesetzt.

Der **Reingewinn**, der sich nach der Jahresbilanz ergibt, wird folgendermaßen verteilt:

1. 5% sind dem gesetzlichen Reservefonds solange zuzuführen, als dieser den zehnten Teil des Grundkapitals nicht übersteigt.
2. bis zu 5% sind, jedoch lediglich auf besonderen Beschluß des Aufsichtsrates, einem besonderen Reservefonds solange zuzuführen, als dieser den 15. Teil des Grundkapitals nicht übersteigt.
3. alsdann erhalten die Aktionäre bis zu 4% auf das eingezahlte Grundkapital,
4. aus dem verbleibenden Ueberschuß sind die für den Aufsichtsrat nach Maßgabe dieser Satzungen festgesetzten Vergütungen zu bezahlen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten außer dem Ersatz der aus der Erfüllung ihres Berufes entspringenden Auslagen in ihrer Gesamtheit eine Vergütung in Höhe von 5% des nach der Jahresbilanz nach Vornahme sämtlicher Abschreibungen und Rücklagen und nach Zahlung einer Dividende von 4% des eingezahlten Grundkapitals an die Aktionäre verbleibenden Reingewinnes, über deren Verteilung unter seine Mitglieder er beschließt. Jedem Mitgliede ist eine Mindestvergütung von jährlich ℳ 1500.— garantiert, welche Mangels eines entsprechenden Reingewinnes aus den Handlungsunkosten zu zahlen ist.
5. Der Rest verbleibt zur Verfügung der Generalversammlung.

Der besondere Reservefonds dient zur Deckung außerordentlicher Verluste oder zur Ergänzung der Dividende auf 4%. Ueber die Verwendung zu diesen Zwecken entscheidet der Aufsichtsrat.

Alle von der Gesellschaft ausgehenden **Bekanntmachungen** und Aufforderungen erfolgen durch die hierzu berufenen Gesellschaftsorgane mittels Einrückens in den Deutschen Reichsanzeiger und die Frankfurter Zeitung, und gelten durch den einmaligen Abdruck in diesen Blättern als ordnungsgemäß verkündet, insoweit nicht das Gesetz mehrmalige Bekanntmachung verlangt.

Die jeweils fälligen Dividendenscheine werden ohne Abzug zur Einlösung gebracht in

Frankfurt a. M. bei der **Deutschen Bank Filiale Frankfurt** sowie in

Mannheim bei der **Rheinischen Creditbank** und den Herren **Marx & Goldschmidt.**

Ebenda können gegebenenfalls auch neue Gewinnanteilbogen erhoben, Bezugsrechte ausgeübt, Aktien zur Teilnahme an den Generalversammlungen hinterlegt sowie alle sonstigen die Aktienurkunden betreffenden Maßnahmen bewirkt werden. Nicht erhobene Gewinnanteilscheine werden vier Jahre nach Ablauf des Jahres, in welchem sie fällig geworden sind, wertlos, und die betreffenden Gewinnanteile fallen dem gesetzlichen Reservefonds der Gesellschaft zu. Zu Gunsten einzelner Aktionäre sind besondere Vorteile nicht bedungen.

Die Gesellschaft ist aus der im Jahre 1872 unter der Firma Louis Peter gegründeten Gummiwarenfabrik hervorgegangen. Im Geschäftsjahre 1907/08 hat die Gesellschaft eine Zweigfabrik in Corbach im Fürstentum Waldeck angelegt, deren Errichtung infolge der zunehmenden Ausdehnung des Betriebs notwendig wurde, sich aber auf dem vorhandenen Fabrikgrundstück in Frankfurt a. M. nicht mehr ermöglichen ließ. — Irgendwelche Betriebsstörungen sind seit dem Bestehen der Gesellschaft nicht vorgekommen. Die Zahl der von ihr beschäftigten Personen beträgt zur Zeit etwa 1050. Auf ihrem gegenwärtig circa 66 112 qm umfassenden Grundbesitz ruhten bisher Hypothekenschulden in Höhe von ℳ 330 000.—, wovon im letzten Geschäftsjahre ℳ 275 000.— abgetragen worden sind. Die restlichen auf dem Corbacher Grundbesitz der Gesellschaft ruhenden ℳ 55 000.— werden vertragsgemäß von dem Verkäufer der Grundstücke, welcher persönlicher Schuldner der Hypothek ist, in Kürze abgelöst.

MARCHIVUM

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung per 30. September 1909 stellten sich wie folgt:

Bilanz per 30. September 1909.

Aktiva.

	M.	₰	M.	₰
Grundstück-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908			1 325 974	—
Zugang			5 775	—
			1 331 749	—
Gebäude-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	1 269 539	30		
Zugang	363 372	50		
	1 632 911	80		
Abschreibung 2%	32 658	23	1 600 253	57
Maschinen-Conto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	904 626	72		
Zugang	317 562	63		
	1 222 189	35		
Abschreibung 10%	122 218	93	1 099 970	42
Licht- und Kraftanlage-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	171 075	97		
Zugang	66 322	04		
	237 398	01		
Abschreibung 10%	23 739	80	213 658	21
Formen-Konto				
Saldo per 1. Oktober 1908	110 751	60		
Zugang	66 996	93		
	177 748	53		
Abschreibung 10%	17 774	85	159 973	68
Inventar-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	54 459	46		
Zugang	90 794	47		
	145 289	93		
Abschreibung 10%	14 528	99	130 760	94
Werkzeug-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	1	—		
Zugang	28 500	26		
	28 501	26		
Abschreibung 25%	7 125	32	21 375	94
Automobil- und Ballon-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	1	—		
Zugang	26 350	—		
	26 351	—		
Abschreibung 20%	5 270	20	21 080	80
Garage-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908			1	—
Anschlußgeleise-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	20 705	27		
Zugang	250	—		
	20 955	27		
Abschreibung 10%	2 095	53	18 859	74
Wasserleitungs-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	55 553	97		
Zugang	8 840	21		
	64 394	18		
Abschreibung 5%	3 219	71	61 174	47
Straßen-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	10 821	85		
Zugang	17 333	89		
	28 155	74		
Abschreibung 5%	1 407	79	26 747	95
Effekten-Konto:				
Saldo per 1. Oktober 1908	36 075	85		
Abschreibung	10 017	77	26 058	08
Waren-Konto			4 261 100	13
Wechsel-Konto			29 186	76
Kasse-Konto			8 848	88
Reichsbank-Konto			1 139	19
Postscheck-Konto			6 803	50
Debitoren-Konto inkl. Avale M 21 650.—			2 732 238	88
Feuerversicherungs-Konto (vorausbez. Prämie)			8 747	62
Dubiosen-Konto			1	—
Patente-Konto			1	—
			11 759 730	76

Passiva.

	M.	₰
Aktienkapital-Konto	3 000 000	—
Reserve-Konto I	164 687	73
Reserve-Konto II	164 687	73
Dividenden-Reserve-Konto	100 000	—
Dispositions-Fond-Konto	137 296	18
Delkredere-Konto	50 000	—
Dividenden-Konto 1907/08	660	—
Unterstützungs-Fond	75 000	—
Kreditoren-Konto	1 288 959	76
Kommerzienrat Louis Peter Privat-Konto	1 419 897	82
Bank-Konto	1 623 836	04
Avale-Konto	21 650	—
Akzepte-Konto	2 074 462	33
Kautionen-Konto	22 082	80
	10 143 220	39
Reingewinn	1 616 510	37
	11 759 730	76

Gewinn- und Verlust-Konto per 30. September 1909.

Soll.

	M.	₰	M.	₰
An General-Unkosten-Konto			1 479 971	68
Abschreibungen:				
Gebäude-Konto	32 658	23		
Maschinen-Konto	122 218	93		
Formen-Konto	17 774	85		
Inventar-Konto	14 528	99		
Licht- und Kraftanlage-Konto	23 739	80		
Werkzeug-Konto	7 125	32		
Automobil und Ballon-Konto	5 270	20		
Anschlußgeleise-Konto	2 095	53		
Wasserleitungs-Konto	3 219	71		
Straßen-Konto	1 407	79		
Effekten-Konto	10 017	77		
Dubiosen-Konto	77 055	27	317 112	39
			1 797 084	07
Reingewinn			1 616 510	37
			3 413 594	44

Haben.

	M.	₰
Per Gewinn-Vortrag	41 028	75
Waren-Konto	3 372 565	69
	3 413 594	44

Die Gesellschaft hat seit ihrem Bestehen folgende Dividenden zur Verteilung gebracht:
pro 1904/05 = 7% pro 1906/07 = 16% pro 1908/09 = 25%
pro 1905/06 = 8% pro 1907/08 = 22%

In 1908/09 erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von M. 1,616,510.37, welcher folgende Verwendung gefunden hat:

5% zur gesetzlichen Reserve	M. 80,825.52	
Zur Ergänzung der außerordentlichen Reserve lt. § 26 II der Statuten	„ 35,312.27	
Rückstellungen:		
Rückstellung auf Dividenden-Reservefond	„ 50,000.—	
Rückstellung auf Dispositionsfond	„ 62,703.82	
Rückstellung auf Delkredere-Konto	„ 25,000.—	M. 253,841.61
Extra-Abschreibungen:		
Gebäude-Konto	M. 82,819.53	
Maschinen-Konto	„ 35,000.—	
Licht- und Kraft-Anlage-Konto	„ 15,000.—	
Formen-Konto	„ 50,000.—	
Inventar-Konto	„ 50,000.—	
Werkzeug-Konto	„ 21,374.94	
Automobil- und Ballon-Konto	„ 21,079.80	
Anschlußgeleise-Konto	„ 8,859.74	
Wasserleitungs-Konto	„ 10,000.—	
Straßen-Konto	„ 26,746.95	M. 320,880.96
Zuweisungen an den Arbeiter-Unterstützungs-Fond	M. 25,000.—	
Gratifikationen an Beamte	„ 25,000.—	
4% Dividende auf das Aktien-Kapital	„ 120,000.—	
Vertragsmäßige Vergütung an Beamte	„ 26,485.21	
Vertragsmäßige Tantième und Vergütung an den Vorstand und Aufsichtsrat	„ 106,355.03	
21% Super-Dividende	„ 630,000.—	
Saldo-Vortrag auf neue Rechnung	„ 108,947.56	M. 1,041,787.80
		M. 1,616,510.37

Im laufenden Geschäftsjahr hat sich die Gesellschaft weiter befriedigend entwickelt und ihre Umsätze haben sich wiederum erheblich steigern können.

Frankfurt a. M., im März 1910.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter Aktiengesellschaft.

Auf Grund des vorstehenden Prospektes sind

nom. M. 2,000,000.— neue Aktien der Mitteldeutschen Gummiwarenfabrik Louis Peter Aktiengesellschaft Nr. 3001—5000

zum Handel und zur Notierung an der Frankfurter Börse zugelassen worden.

Frankfurt a. M., / **Mannheim,** im April 1910.

Deutsche Bank Filiale Frankfurt. Rheinische Creditbank. Marx & Goldschmidt.

Vergebung v. Tiefbauarbeiten

Nr. 8629 I. Die Ausführung von
1. ca. 96 lfdm. Steinzeugrohrsiel von 0,30×0,45 m Lichtweite,
2. ca. 126 lfdm. Steinzeugrohrsiel von 0,30 m Lichtweite

in der Ayelhof- und projektierten Verbindungsstraße zwischen der alten Frankfurterstraße und dem Speckweg in Waldhof einschließlich der Spezialbauten und Straßeneinlaufkasten soll öffentlich vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen liegen in der Kanzlei des Tiefbauamtes zur Einsicht auf. Angebotsformulare können von dort bezogen werden.

Angebote sind portofrei, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens bis zum **Montag, den 2. Mai 1910, vormittags 11 Uhr** beim Tiefbauamt einzuliefern, woselbst die Eröffnung der eingelaufenen Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter stattfinden wird. 110

Nach der Eröffnung der Verdingungs-Verhandlung eingehende Angebote werden nicht mehr angenommen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 6 Wochen.

Mannheim, 12. April 1910.

Städt. Tiefbauamt. Stauffert.

Vermischtes.

Achtung!

Wer fertigt **Ansprachen** zu Festlichkeiten. Gefl. Offerten u. Nr. 29528 a. d. Exp. d. Bl.

Bekanntmachung.

Aufgebot von Pfandscheinen.

Es wurde der Antrag gestellt folgende Pfandscheine des Städt. Leihamts Mannheim:

Lit. A Nr. 50577 vom 24. Februar 1910
Lit. B Nr. 91018 vom 11. März 1909

welche angeblich abhanden gekommen sind, nach § 23 der Leihamtssatzungen ungültig zu erklären.

Die Inhaber dieser Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche unter Vorlage der Pfandscheine innerhalb vier Wochen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet beim Städt. Leihamt, Lit. C 5 Nr. 1, geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftloserklärung oben genannter Pfandscheine erfolgen wird.

Mannheim, 13. April 1910.

Städt. Leihamt. 109

Blinder Klavierstimmer,

der mehrere Jahre als Reinstimmer bei der bekannt. Firma Schiedmayer, Klavierfabrik in Stuttgart tätig war, beehrt sich hiedurch, der verehrl. Einwohnerschaft Mannheims und Umgebung seine Dienste bestens zu empfehlen, neben mäßigen Preisen garantiere ich für prompte und zuverlässige Bedienung. 29518

G. Dürr, Q 2, 15.

In den Abendstunden besorgt Buchführung u. Korrespond. **Kaufmann.** Angebote u. Nr. 29524 a. d. Expedition d. Bl.

Damen finden diskret u. liebevolle Aufnahme bei Hebamme Fahrner, Mannheim, 13380 Bürgermeister-Fuchsstraße 71.

Trauringe

D. R. P. — ohne Löthfuge, kaufen Sie nach Gewicht am billigsten bei

C. Fesenmeyer,
P 1, 3, Breitestraße.

Jedes Brautpaar erhält eine geschnitztelschwarzwälder Uhr gratis.

5661

Vervielfältigungen und Abschriften auf Schreibmaschinen.
Friedr. Burckhardts Nachfl.
O 3, 8 (K. Oberheiden)
Fernspr. 4301.

11814

Herrenanzüge u. Ueberzieh. werd. elegant unter Garantie angefertigt, auch wenn Stoff geliefert wird. Reparaturen billigst. 12599
G. Schweickart,
Schneidermeister, R 4, 19/20.

Junger gelber Wolfshund entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung E 7, 5. 29509

Volkswirtschaft.

Eine weitere Fusion in der Spiritusindustrie.

Wie verlautet, wird die Vereinigte Nord- und Süddeutsche Spritwerke A.-G. in Nürnberg, einer der größten Outsider der Spirituszentrale, die Spritfabrik der Akt.-Ges. Gebr. Macholl in München erwerben. Die deutsch-französische Kognakbrennerei und Weinspritraffinerie vorm. Gebr. Macholl A.-G. München war im Jahre 1898 der neugegründeten Spirituszentrale beigetreten, ohne jedoch für sich den erhofften Nutzen für das neben der Kognakbrennerei betriebene Spritgeschäft zu erzielen. Die Macholllsche Spritfabrik war für die tatsächliche Erzeugung (Rektifikation) viel zu groß angelegt, das von der Zentrale zugewiesene Kontingent ungenügend. Bei der Erneuerung der Verträge mit der Zentrale im Jahre 1908 trat Macholl aus dem Ring aus. Die ab 1. Oktober geltenden neuen Zentralverträge, sowie auch das neue Branntweinsteuergesetz haben die ringfreien Fabriken in eine schwierige Lage gebracht und speziell bei Macholl dazu geführt, durch Abstoßung der wenig rentablen Spritfabrik eine Konsolidierung des Betriebes und eine besondere Pflege der als Spezialität betriebenen Kognakbrennerei anzustreben. Macholl hat nun mit den Vereinigten Nord- und Süddeutschen Spritwerken und Preßhefefabrik Bast A.-G. Nürnberg, Berlin-Lichtenberg, Breslau und Buch einen Vertrag geschlossen, nach dem Bast die Macholllsche Spritfabrik und den Rektifikationsbetrieb käuflich übernimmt. Macholl hat hierzu eine außerordentliche Generalversammlung zum 29. April einberufen. Wird der Vertrag von den Aktionären beider Gesellschaften genehmigt, so würde diese Transaktion die Bedeutung haben, daß ein Zusammenschluß ringfreier Fabriken behufs Bereitheitschaftung der Rektifikation eingeleitet wird, der geeignet ist, in Süddeutschland der Zentrale ein stärkeres Gegengewicht zu bieten. Von Macholl geht nur die Spritfabrikation in den Besitz der Vereinigten Spritwerke über. Der Sprithandel und das Kognakgeschäft verbleibt der Gesellschaft. Die Transaktion ermöglicht der Bastgesellschaft die Gewinnung einer Rohspiritusproduktion im Umfange von sechs Millionen Liter.

* * *

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Akt.-Ges.

Die Gesellschaft macht folgende Mitteilung: Die Gesellschaft hat in letzter Zeit große Erfolge auf dem Gebiete der Waggonbeleuchtung erzielt. Die Lizenznehmer in Oesterreich haben 60 Proz. des gesamten Bedarfs der österreichischen Bahnen für Waggonbeleuchtung in diesem Jahre erhalten. Auch von Rußland und dem übrigen Ausland gehen größere Aufträge ein. Desgleichen steht die Gesellschaft in Deutschland mit verschiedenen süddeutschen Eisenbahndirektionen vor dem Abschluß und hat in den Reichslanden eine größere Bestellung auf Lampen für Eisenbahnwagen erhalten. Von den preußischen Staatsbahnen ist ebenfalls vor kurzem ein größerer Probeauftrag erteilt worden. Eine Neuerung der Firma, durch die eine große Gasersparnis erzielt wird, fand sehr günstige Aufnahme seitens der Eisenbahnbehörden, die nach erfolgreichen Versuchen die allgemeine Einführung beschlossen.

Gewerbebank Böblingen A.-G. Das Institut erzielte in 1909 einen Reingewinn von M. 34 511 (i. V. M. 33 222). Hieraus werden 8 Prozent (wie i. V.) Dividende auf M. 1,50 Mill. Grundkapital verteilt und M. 18 433 (M. 16 117) werden vorgetragen.

Vereinigte Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vormals Epple u. Buxbaum, Augsburg. Die Generalversammlung, in der 32 Aktionäre 599 Stimmen vertraten, genehmigte einstimmig die Anträge der Verwaltung und setzte die Dividende auf 25 Prozent fest. Die Aussichten werden als günstig bezeichnet.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat in dem neuen Dortmunder Hafenbecken des Dortmund-Emskanals einen großen Kohlenlagerplatz von rund 42 000 qm Ausdehnung gepachtet. Der Platz ist gestern bereits übergeben worden; er soll demnächst bereits in Benutzung genommen werden.

A.-G. für Verzinkerei und Eisenkonstruktion vorm. Jac. Hilgers in Rheinbrohl. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft wurde beschlossen, nach Abschreibungen von M. 95 196 (M. 54 424 i. V.) und einer Dotierung der Spezialreserve mit M. 25 000 (i. V. M. 50 000) und des Arbeiterwohlfahrtsfonds mit M. 5000 (wie i. V.) eine Dividende von 12 Proz. (wie i. V.) vorzuschlagen und den Rest von M. 107 518 vorzutragen.

Basler Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Basel. Der Reingewinn der Gesellschaft für 1909 beträgt Fr. 2 498 534 (i. V. Fr. 2 150 470). Es sollen Fr. 2 100 000 (Fr. 1 820 000) an die Gewinnreserve der Versicherten fließen. Die Dividende beträgt Fr. 90 gleich 18 Prozent (wie i. V.) für die Aktie. Ferner werden verwandt Fr. 84 000 (wie i. V.) als Tantième und Fr. 8534 (Fr. 10 470) zum Vortrag.

Zahlungseinstellung einer Holzfirma. Die Firma M. Kempf in Neusorg bei Marktredwitz, welche vor kurzer Zeit in Schwierigkeiten geriet, ist an ihre Gläubiger mit dem Ersuchen herangetreten, in Vergleichsverhandlungen zu treten. Die Mehrzahl der Gläubiger verhielt sich jedoch ablehnend, sodaß ein Konkurs unvermeidlich ist. Die Passiven sind bedeutend. Beteiligt sind zahlreiche Lieferanten und Banken. Die Aussichten sind für die Gläubiger ungünstig; es dürften nur 30 Prozent in der Masse liegen.

Die Vereinsbank Hannover weist laut Geschäftsbericht nach Abschreibungen von M. 716 757 einen Verlust von M. 585 625 (i. V. M. 119 820 Gewinn) nach Aufgehung des Reservefonds mit M. 54 575 aus.

MARCHIVUM

Mehrere tüchtige Herren

unbescholten, **erhalten feste Anstellung** bei reellem Unternehmen gegen Monatssalär. Vierwöchige Probezeit. Aufgeweckter Arbeiter oder Handwerker wird ebenfalls berücksichtigt. Man wende sich schriftlich unter **V. 483 an die Expedition ds. Blattes.** 6383

Städtische Sparkasse Mannheim

verzinst sämtliche bei ihr vollzogenen **Einlagen tagweise;**
gestattet auf **Antrag die Abhebung von Einlagen** auch im Wege des **Scheckverkehrs;**
gibt **leihweise u. unentgeltlich sog. Haussparkassen** an ihre Einleger ab;
macht auf ihre in den einzelnen Stadtteilen errichteten **Annahmestellen für Spareinlagen** zur regen Benützung aufmerksam;
gewährt:
a) **provisions- und spesenfreie Hypotheken-Darlehen** auf ertragsfähige Pfandobjekte, eventuell bis zu 60% der amtlichen Schätzung;
b) **provisions- und spesenfreie Lombard-Darlehen auf** Obligationen des Deutschen Reichs, deutscher Bundesstaaten und badischer Städte;
c) **kündbare Darlehen auf Schuldschein** an badische **Gemeinden, Sparkassen** mit Gemeindebürgschaft, öffentliche **Körperschaften.** 82203

Nähere Auskunft erteilt
Die Direktion.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 15. April 1910, nachmittags 2 Uhr werde ich im Standlokal hier Q 4, 5, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 17880
Möbel verschiedener Art und sonstiges.
Mannheim, 14. April 1910.
Armbruster, Gerichtsvollzieher.

Maurerarbeit und Reparaturen all. Art: Klosettanschl. schnell u. billig. L. Groß, **Maurergeschäft, Friedrichsplatz 14.** Postkarte genügt. 17424

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 15. April 1910, nachm. 2 Uhr, werde ich in Mannheim im Pfandlokal Q 4, 5 gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 17881
1 Nähmaschine, 1 Fahrrad, Möbel aller Art und Verschiedenes.
Sommer, Gerichtsvollzieher.

Unterricht

Anregenden Unterricht in französischer od. englischer **Konversation** bei Herrn oder Dame der betr. Nationalität wünscht jüngerer gebildeter Herr. Gefl. Offerten erbeten u. Nr. 17871 a. d. Exp. d. Bl.

Hof-Kalligraph Gander's
präm. Methode. Auszeichnungen.
Montag, 18. April eröffnen wir neue Kurse.
Herren und Damen erhalten in kurzer Zeit eine schöne
Handschrift
(M. 15.) oder Ausbildung in der
Buchführung
(M. 12 m. Absch.) **Stenografie, Maschinenschr.** je M. 10.—
Tages- u. Abd.-Kurse. Prosp. grat. Einzel-Unterr. Aufnahme täglich.
Gebrüder Gander
Mannheim
C 1, 8, am Paradepl.
17563

Vermischtes

Ein tüchtig. Dirigent gesucht, für einen mittleren Gesangverein in der Nähe von Mannheim. Offerten unter Nr. 17877 an die Expedition dieses Blattes.

Entlaufen

Rotbrauner Setter entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung. 17885
Niranki, Sophienstraße 24.

Liegenschaften

Stephanienpromenade
5 Zimmer-Haus mit Vorgarten, vierstöckig elegant ausgestattet mit Diele und reichlichem Zubehör, **besond. Verhältnisse halber** unter günstigen Bedingungen
zu verkaufen.
Alles Nähere durch 19604
Egon Schwartz
Hypotheken- u. Immobilien-Bureau
T 6. 21 Friedrichsring T 6. 21

Zu verkaufen.

Sitzbadewanne, neu, billig zu verkaufen. 29325
U 3, 16, 4. Stock rechts.

Pianos erster Firmen billig bei
Hüther, B 4, 14.
An- und Verkauf gebr. Pianos und Stutzflügel. 27434
(Reparaturwerkstätte.)

Zu verkaufen. 2 große Balkonkästen mit Rosen (Crimson Rambler) angelegt, 1 Waschmange, fast neu, billig zu verkaufen.
17872 C 3, 21/22.

Achtung!
Wegen Platzmangel 1—2tür. lack. Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Kleiderständer, 5 Zimmerstühle, 1 gr. Bodenteppich, 1 Kindersport- und Kastenwagen, fast neu, kaum, billig zu haben. **Eichelsheimerstraße 37, Laden.** 29540

Stellen finden

Tüchtige Taillenarbeiterin u. Lehrmädchen p. sof. gef.
Geschw. Wolf, F 4, 18. 29534

Ein **Mädchen** gesucht, das Hausarbeit versteht u. kochen kann. **Frau Spahn,** L 14, 2, 2. Stock. 29526

Ein ordentl. fleiß. **Mädchen** für Küche u. Hausarb. per 1. oder 15. Mai gesucht. 17873
Frau Bernh. Ostermann, Tullastraße 18, parterre.

Alleinmädchen mit gut. Zeugnissen in kleine Familie auf 1. Mai ges. **Haule,** Rheinvillenstraße 6, 3 Tr. 29530

Lehrlingsgesuche

Lehrling
mit Berechtigung zum einj.-freiw. Militärdienst, stenographiekundig, gesucht. Beste Ausbildungsgelegenheit.
Gebr. Schwabenland, Hoflieferant, G 7, 38. 17867

Stellen suchen.

Für einen älteren, alleinstehenden Herrn, mit guter Bildung, schreib- und redegewandt, wird Stellung als **Stadtreisender, Einkassierer, Magazinverwalter, Aufseher** od. dergl. Posten bei mäßig., led. fest. Einkommen gesucht. Offerten unter Nr. 29529 an die Expedition ds. Bls erb.

Mietgesuche.

Volle Pension
sucht geschäftlich tätige Dame; schönes Zimmer u. bessere Lage Bedingung. **Familienanschluß** erwünscht. Offerten mit Preisangabe u. Beschreibung unter Nr. 29527 an die Exped. ds. Blattes.

Herrschaftliche Wohnung, 8—9 Zimmer
im Zentrum gesucht.
Offerten unter Nr. 17870 an die Expedition ds. Bls.

Vereinszimmer.
Kleiner kaufmännischer Verein sucht gemütlich. Vereinszimmer, mögl. im Zentr. der Stadt. Gefl. Angebote unt. Nr. 29538 a. d. Exped. d. Bl.

Läden

D 2, 15 Laden m. großem Nebenraum sofort o. sp. z. vm. Näh. 2. St. 17875

N 3, 17 1 Laden mit Hinterzimmer zu vermieten. 28939

Zu vermieten

D 2, 15 2 o. 3 Zimmer m. Küche, 4 Tr. hoch, sof. o. sp. z. vm. Näh. 2. St. 17876

D 6, 13, ein Zimmer, Küche u. Zubeh. zu verm. 29537

G 7, 14 3. St., 2 Zimmer u. Küche zu verm. Näheres 2. Stock. 17874

Eckhaus d. Lortzing- u. Langstraße, 2. Stock, schöne 4 Zim. u. K. m. Bad u. Speisek. sch. Mans. billig zu verm. 29535

Landteilstraße 4, II., schöne 2-Zimmerwohnung sofort od. 1. Mai zu vermieten. 29530

Moltkestr. 10, 3. St., schöne abgeschloss. 3-Zimmerwohnung an ruhige Familie zu vermieten. Näh. **Seckenheimerstraße 64,** 2. Stock. 29536

1 **Zimmer,** Küche u. Zub. an 1 od. 2 Person. zu verm. Zu erfragen 2. Stock **Jungbuschstraße 22.** Ebendaselbst ein schönes hell. Magazin, auch als Werkst. geeig., z. v. 29532

Schöne 4 **Zimmer,** Küche, Badezimmer, **Kepplerstr. 13,** 3. Stock, Eckhaus, p. 1. Juli zu verm. Näheres bei **Wirth,** 4. Stock daselbst. 29533

Neckarau. Eine schöne 4—5-Zimmerwohng. sof. zu verm. Näheres **Kaiser Wilhelmstr. 55,** parterre links. 17869

Möbl. Zimmer

B 7, 15, 1 Tr., **Wohn- und Schlafz.,** f. mbl. m. Piano u. Schreibt. zu verm. 17600

Mittag-u. Abendtisch

Pension Kuhl,
H 2, 13, 2 Treppen.
Bekannt vorzügl. **Mittag- u. Abendtisch** für bessere Herren und Damen. 17155

An gut. bürg. **Mittag- u. Abendtisch** kön. n. ein. Dam. teiln. U 4, 4. part. 28487

Vorzüglich guber. Mittag- und Abendtisch
bei mäßigen Preisen. 28359
S 6, 19, 2 Tr. links.

Künstlerfest Karlsruhe 1910
Freitag den 22., Samstag den 23., ab nachm. 4 Uhr
Sonntag, den 24. April, ab 2 Uhr nachmittags
in der Städtischen Festhalle 6393

3 Tage in Monte Carlo
Empfang exotischer Fürstlichkeiten
Künstlertheater - Cabaret
Ozeanographisches Museum - Taubenschießen
Marionettentheater - Pariser Cafe
American Bar - Balkon-Büfetts
Spielhölle
Besichtigung des Halleyschen Kometen
etc. etc.
Eintrittspreis: 2 Mk. Dauerkarten: 5 Mk. — Jeder 100. Besucher hat freien Eintritt

Haasenstein & Vogler A.-G.
Annoncen-Annahme für alle Zeitungen u. Zeitschriften der Welt
Mannheim P. 2. 1. Tel. 490.

Filial-Leiterin
Für unsere in **Mannheim** zu errichtende Filiale suchen wir einen **tüchtigen** organisationsfähigen Herrn. Bewerber muß guten Leumund besitzen und über mehrere **tausend Mark** verfüg. Süddeutscher bevorzugt.
Offerten unter M. N. 1656 an **Haasenstein & Vogler A.-G., München.** 6387

Zuverlässiges Fräulein auf sofort gesucht
für
Kasse
Buchhaltung
Correspondenz
(Schreibmasch.)
Off. mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsang. erb. unt. **A. 186 an Haasenstein & Vogler A.-G. Mannheim.** 6384

Leistungsfähige Kranken-, Unfall- und Sterbekassenversicherungsgesellschaft m. allen Nebenbranchen sucht tüchtigen
Bezirksvertreter
Hoher Verdienst. Auch als Nebenerwerb. Offerten sub A. 91708 an **Haasenstein & Vogler A.-G., Stuttgart** erbeten. 6394

Sichere Existenz! 6391
Wir beabsichtigen den Alleinvertrieb unserer Erfindung D. R. P. (billig. Haushaltungs-Massenartikel) auch für den dortigen größeren Bezirk an einen strebsamen Herrn zu vergeben. Der Vertrieb sichert schätzungsweise ein jährliches Einkommen von
5000 Mark
ohne daß besondere Fachkenntnisse und Räume dazu erforderlich wären. Es wurden innerhalb kurzer Frist eine große Anzahl Bezirke übertragen. Herren, die über 600 Mk. bar verfügen, wollen Angebote richten an **Metallwarenfabrik Heinrich Bergler & Co., Cöln.**

Aus Stadt und Land.

*Mannheim, 14. April 1910.

Die Generalversammlung des Vereins für Volksbildung

war diesmal von besonderem Interesse, schloß mit dem Berichtsjahr doch auch das erste Jahrzehnt der Volkshochschulbewegung in Mannheim. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Rektor Dr. Bernhard Weber, gab deshalb zunächst einen kurzen Rückblick über die bis jetzt geleistete Arbeit. Der erste Volkshochschulkurs wurde am 12. Januar 1900 von dem Prorektor der Universität Heidelberg, Herrn Professor Dr. Osthoff mit einer wirkungsvollen Ansprache eröffnet. Herr Professor Dr. Klaatsch begann dann seinen Zyklus über „Darwins Leben und Lehre". Schon im Winter 1902/03 stockte alles. Da wurde im Oktober 1903 der Verein für Volksbildung gegründet, der die Sache energisch in Angriff nahm und bei steigender Besucherzahl bis heute führte. Im ganzen wurden bis jetzt 270 Vorträge veranstaltet. Die finanzielle Last tragen rund 280 Einzelmitglieder und 46 angeschlossene Vereine. Außerdem leistet die Stadt seit Eröffnung der Bernhard Kahn-Lesehalle einen Zuschuß von jährlich 2000 Mark. Die Volkslesehalle ist eine Stiftung des Herrn Otto Kahn in Newyork, eines Sohnes des verstorbenen Altstadtrates Bernhard Kahn von hier. Erst schenkte er zur Errichtung einer Lesehalle mit Kinderlesezimmern — nebenbei bemerkt den ersten in ganz Deutschland — und einer Bibliothek. Außerdem gab er für die ersten 10 Jahre jährlich 1000 Mk. Beitrag, in letzter Zeit sogar 2000 Mk. Freunde und Verwandte der Familie Kahn leisten jährlich weitere 600 Mk. Zuschuß. Die finanzielle Grundlage verdankt der Verein vor allem den eifrigen Bemühungen des Herrn Kommerzienrates C. Weyl und dem Herrn Generalkonsul Carl Simon. Besondere Zuwendungen machte Herr Buchdruckereibesitzer Julius Bensheimer, indem er nicht nur die Erstanschaffung der Bibliothek zum Buchhändlerpreis besorgte und Hunderte wertvolle Bücher schenkte, sondern auch noch den 154 Seiten starken Katalog unentgeltlich druckte. Was Frau Berta Hirsch, die die ganze Leitung und Führung der Bibliothek übernommen hat, an der Spitze verschiedener Damen der ersten hiesigen Gesellschaft leistet, verdient die höchste Anerkennung und Bewunderung. Die seitherigen Vorsitzenden, die Herren Professor Dr. Schott, Generalkonsul Simon und Rektor Dr. Bernhard Weber, können mit ihrem Vorstand und Ausschuß auf eine mühevolle, aber erfolggekrönte Arbeit zurückschauen.

Die Lesehalle war besucht 1906—1907 von 31 352, im Jahre 1908 von 36 869 und 1909 von 41 904 Personen. In den Kinderlesezimmern wurden gezählt: 1906—1907: 7746, 1908 10 075 und 1909 11 472 Kinder. Bücher wurden ausgeliehen: 1906—1907 10 572; 1908 19 298 und 1909 11 472. Vorträge wurden bisher 270 gehalten, die Besuchsziffer bewegte sich durchschnittlich zwischen 300—600, oft betrug sie 1000—1200. Zu dieser Tätigkeit kamen im Herbst d. J. die Volksunterrichtskurse. In drei Kursen unterrichteten die Herren Hauptlehrer Greiner, E. Stoll, P. Frank, G. Knodel, Handelshochschulstudierender Marain und Rektor Dr. Weber 110 Teilnehmer. Alles in allem genommen, war bis jetzt alles gelungen. Ein gut Teil dieses Verdienstes gebührt unstreitig der Presse, die zahlreiche Berichte und Notizen stets bereitwilligst aufnahm und dafür nicht nur den Dank ihrer Leser, sondern aller Bildungsfreunde erworben hat. Nach diesem allgemeinen Bericht seien vom vergangenen Vereinsjahr nur noch einige Punkte erwähnt. Wer näheren Aufschluß wünscht, sei auf den demnächst erscheinenden gedruckten Bericht verwiesen, der vom Sekretär des Vereins, Herrn G. Knodel, unentgeltlich bezogen werden kann. Im letzten Winter fanden 31 Vorträge statt, davon 23 unentgeltlich. Der Besuch war nie unter 500, meist 700—1200. Die Besucher gehörten zu 20 Prozent dem Kaufmannstand, 26 Prozent dem Beamten- und Lehrerstand, 18 Prozent dem Arbeiterstand, 30 Prozent anderen Berufen an und 4 Prozent waren Mittelschüler. Die Leser der Bibliothek waren zu ⅔ Arbeiter. Im Juni führte der Verein gemeinschaftlich mit einem größeren Gewerkverein eine englische Arbeitergesellschaft, die Deutschlands Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen kennen lernen wollten.

Nachdem Herr Fabrikant A. Zivi über die Kassenverhältnisse berichtet und Frau Berta Hirsch den Stand der Kasse für die Bernhard Kahn-Lesehalle dargelegt hatte, mußten noch zwei Wahlen vorgenommen werden. Für den langjährigen Rechner Herrn Zivi wurde Herr Prokurist Karl Bock von der Pfälzischen Bank, und anstelle des zurückgetretenen Herrn R. H. Müßig wurde Herr Jakob Degelmann, Vorsitzender des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes einstimmig gewählt. Für nächsten Winter ist bereits ein gutes Programm gesichert, und durch eine weitere Schenkung des Herrn Otto Kahn kann noch diesen Sommer ein geräumiger Anbau an die Bernhard Kahn-Lesehalle erstellt werden. Der Verein hat bisher mit verhältnismäßig geringen Mitteln Großes geleistet, dank des Entgegenkommens der Herren Redner und dank des harmonischen Zusammenwirkens des ganzen Vorstandes und Ausschusses. Mit herzlichem Dank an alle Mitarbeiter und Freunde des Vereins konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen; nur einen dringenden und herzlichen Wunsch hatte er noch, den wir auch hier mit der Bitte um freundliche Beachtung wiederholen wollen: Mögen noch recht viele als Einzelmitglieder beitreten (Jahresbeitrag nur 3 Mk.); denn die erhöhten Anforderungen können nur mit erhöhten Mitteln geleistet werden.

---

* **Ernannt** wurde Oberpostpraktikant Matthias Krieg aus Marlen zum Postinspektor beim Postamt Heidelberg.

* **Die demoralisierenden Folgen allzu reichen Alkoholgenusses** beleuchtete gestern eine Verhandlung vor dem Schöffengerichte. Der Taglöhner Johann Künzle brachte am 14. März den ganzen Tag bis nachts 1 Uhr in einer Wirtschaft zu. Statt Geld zu verdienen, vergeudete er es für Alkohol. Wiederholt versuchte seine Frau ihn aus der Wirtschaft zu bringen und als dies nichts half, setzte sie sich um 6 Uhr abends zu ihm und — half das Geld mit vertrinken, bis beide sich die Köpfe voll getrunken hatten und dann — das Ende vom Liede — in Streit gerieten, weil die Frau sich mit einem Gaste unterhielt und damit die Eifersucht des Ehemannes erweckte. In der brutalsten Weise hieb der Ehemann mit einem dicken Stocke solange auf die Frau los, bis der Stock zersplitterte und die Frau bewußtlos zusammenbrach. Nur nach Würdigung der ganzen Sachlage sah das Gericht von einer Gefängnisstrafe ab und verurteilte den angeklagten Ehemann zu einer Geldstrafe von 10 M.

Handwerkerbewegung und Gewerbeleben.

c. Bretten, 12. April. Eigenartige Verhältnisse hat die Bierpreiserhöhung hier geschaffen. In einer kürzlich stattgehabten Versammlung hiesiger Wirte und Bierbrauer, in welcher man den Preis und das Maß festsetzen wollte, herrschte eine solche Uneinigkeit, daß man zu einem Beschlusse nicht kam. Einige Wirte, die von auswärts ihr Bier beziehen, müssen für das hier übliche Bierzehntel Literglas 12 Pfennige erheben; ein anderer Wirt hat mit seinem Brauer sich dahin geeinigt, daß beide die Mehrbelastung je hälftig tragen, während die Konsumenten den alten Preis von 10 Pfg. für Bierzehntel weiterzahlen, wieder andere führten neuerdings 3,5 Zehntelgläser ein, während ein Bruchteil alles beim alten ließ. Zwei hiesige Bierbrauereien sahen von einer Preiserhöhung aus dem Grunde ab, weil ihre Abnehmer, hiesige Großfirmen, das Bier für die Arbeiter beziehen und diese absolute Gegner eines Aufschlags sind. Einzelne Geschäfte beziehen überhaupt kein Bier mehr. Die Wirkung des Aufschlags zeigt sich in augenfälliger Weise bereits in den Wirtschaften. Während in den Lokalen, die zum alten Preis ausschenken, stets voll besetzt ist, stehen die Wirtschaften, die Karlsruher etc. Bier zu 12 Pfg. ausschenken, fast leer, so daß die Wirte empfindlich, und falls keine Einigung unter den hiesigen Wirten zustande kommt, dauernd geschädigt sind.

Der Bierpreis-Aufschlag.

— Karlsruhe, 14. April. In einer gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde der Bierboykott einstimmig beschlossen. Der Boykott wird über die hiesigen und auswärtigen Biere verhängt. Ferner soll von dem Genuß von Limonade möglichst abgesehen werden, da auch diese größtenteils von den Brauereien hergestellt werden. Der Besuch der Wirtschaften ist möglichst zu vermeiden.

Aus dem Großherzogtum.

* Schwetzingen, 13. April. Bei den Erdaushubarbeiten auf den Aeckern zwischen hier und Plankstadt zur Auffüllung der Anfahrtswege der Bahnüberführung wurden wiederholt vorweltliche Funde gemacht. Im Laufe des gestrigen Tages wurde nun abermals ein sieben Pfund schweres sehr gut erhaltenes Stück eines Mammutzahnes ausgegraben, das sich in etwa 4 Mtr. Tiefe in der Erde vorfand. Das interessante Fundstück ist bei Herrn Erle zum „Zähringer Hof" zur Schau gestellt.

* Hockenheim, 13. April. Ein schweres Sittlichkeitsattentat wurde von einem 28 Jahre alten hier beschäftigten ledigen Schuhmacher an einem 13jährigen Mädchen begangen. Der Täter ist flüchtig.

* Karlsruhe, 14. April. Gestern vormittag hat sich ein 20 Jahre altes Dienstmädchen aus Heitersheim in einem Hause in der Gottesauerstraße mit einem Revolver erschossen. — Gestern abend fiel in einem unbewachten Augenblick das 5jährige Töchterchen eines Schmieds in der Rüppurrerstraße aus einem ca. 3 Meter über dem Boden sich befindlichen Fenster des Treppenhauses in den zementierten Hof, wobei sich das Kind einen Schädelbruch zuzog.

— Rheinweiler, 13. April. Bahnwart Blauer von Bamlach wurde von einem Schnellzug erfaßt, überfahren und getötet; eine Witwe und drei unversorgte Kinder beweinen ihren Ernährer.

Gerichtszeitung.

oc. Karlsruhe, 13. April. Die Strafkammer verurteilte den 51 Jahre alten Hauptlehrer Philipp Bauer von Plankstadt, der zuletzt in Hochstetten als Lehrer wirkte, wegen Verbrechens gegen §§ 174 und 176 Ziff. 3 zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis.